

# Stoppt das Morden!

**Butter statt Kanonen !**



Außerdem: Lore consequismodipit exero eugait ate dunt lan hent praese tatis nullan henit landit autpat



**Klassenkampf**

## Editorial

Die Reise Schröders zur Einweihung des Transraps in Shanghai warf auch ein Schlaglicht auf diese hochmoderne Stadt, und inzwischen weiß jeder, daß eine neue Großmacht dort mit rasantem Tempo aufkeimt. Die OECD stellte fest, dass China die USA wirtschaftlich im Jahr 2015 eingeholt haben wird. So müssen die USA um ihre Vorherrschaft in der Welt bangen. Aber gerade in diesem Augenblick, geht ihr auch noch die nach dem Militär zweitwichtigste Waffe im Kampf um die Weltherrschaft verloren, das Erdöl.

Wie wichtig die Ölwanne ist, sieht man momentan daran, wie die USA Nordkorea erpressen. Nordkorea will wieder Atomforschung betreiben, und prompt liefert die UNO kein Erdöl mehr. In der Vergangenheit haben die USA Japan immer wieder zum Einlenken bewegen können, wenn sich Handelskriege zwischen den beiden Ländern anbahnten: Japan war als rohstoffarmes Land auf den Erdöl-import angewiesen. Und die Beherrschung des internationalen Petro-Geschäftes haben die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1945 immer wieder an sich reißen können.

Und so müssen die irakischen Kinder, Mütter und Väter jetzt dran glauben - der Irak ist das Land mit den weltweit zweithöchsten Erdöl-Reserven. Die Vorfälle im Irak, in Shanghai und Nordkorea eröffnen den Fokus über den letzten Krieg im Kapitalismus. 20 bis 30 Millionen Menschen haben dem US-Kapital schon aufgezeigt, dass dieses Morden nicht in ihrem Namen geschieht. Immer mehr Kollegen verstehen langsam, dass ein harter Entscheidungskampf bevorsteht, ginge Bushs Rechnung auf, mit einem Atomkrieg mit China zu guter Letzt. Entweder endet diese Auseinandersetzung im Untergang der Menschheit oder die Weltarbeiterklasse wird dem zerstörerischen Kapital das Handwerk legen. Noch glauben die Kollegen der Führung der Gewerkschaften, dass sie denn kompromißlosen Kampf gegen das Kapital aufnehmen, gegen seinen Ölkrieg und die daraus resultierenden Sozialkürzungen. Aber die Gewerkschaftsführung hat keine Antworten gegen die Sozialkürzungen und die Verneblungspolitik der amerikanischen Regierung. Das neue Jahr 2003 wird aber schon massive Sozialkürzungen bringen und wir müssen vielleicht dann schon, spätestens aber im Jahre 2004, mit selbsttätigen emanzipierenden Aktionen der Kollegen rechnen. Die Arbeiter werden in ihrem Kampf gegen den Sozialabbau von den 20 Millionen Anti-Kriegs-Kämpfern inspiriert und dann werden Hunderte von Millionen diesen Spuk beenden. Dann muss die revolutionäre Partei in ihrem Kern schon stehen und der Klassenkampf ruft alle ihre Leser dazu auf, mit uns ihren Beitrag dafür zu leisten.

**Stoppt das Morden! Butter statt Kannonen!**

Mit regenerierbarer Energie, wie der Solarenergie, könnte Amerika dieses Ergebnis nicht erzielen.

# INHALT

## 3 Ist der Staat neutral?

Einführung in die marxistische Staatstheorie

## TITELTHEMA ANTIFASCHISMUS

## 4 Der Staat und die Nazis

Die Nazis im Aufwind und das Versagen des kapitalistischen Staates

## 7 Einschätzung zur aktuellen Entwicklung der antifaschistischen Bewegung

## 8 Buchempfehlung:

‘In Auschwitz wurde niemand vergast: 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie wiederlegt’

## 9 Zuwanderungsdebatte

Ein neuer Schlag des deutschen Rassismus

## 10 Merz' Bekenntnisse zum Rassismus

## 11 Ausländergesetze in der BRD: Staatlicher Rassismus (Fortsetzung von Rückseite)

## 12 Israelische Unterdrückung

Teile der deutschen Linken stellen sich hinter den Terror Israels

## 16 Volksentscheide

Was sagen Marxisten?

## 20 Religion: Zeugen Jehovas

Eine Kirche wie jede andere auch?

## 22 FORUM

## Ist die Anthroposophie rassistisch?

Zwei Diskussionsbeiträge zur Debatte

## 25 Lenins ‘Staat und Revolution’

## Teil 2: Die Aufgaben der Revolution

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes und Kontakt:  
Norbert Nelte, Nesselrode Str. 28, 50735 Köln  
Tel.: 0221/287 03 88  
Einzelpreis: 1,- €  
Abo-Preis: 10,- €  
(4 Ausgaben im Jahr)  
Kontonummer:  
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30  
Kto. Nr. 140993 - 301

## Kontakt über Ortsgruppen:

Köln:  
Karsten: 02 21 / 2823135

Berlin:  
Christian: 0 30 / 21 23 25 15

email: [intersoz@netcologne.de](mailto:intersoz@netcologne.de)  
Homepage: [www.internationalesozialisten.de](http://www.internationalesozialisten.de)

# Ist der Staat neutral?

Dieter Kramer

Als Marxisten müssen wir immer wieder gegen die Illusionen ankämpfen, der kapitalistische Staat mit seinem Parlament, seiner Polizei, seiner Armee, seinen Schulen, Gefängnissen, Gerichten und Behörden nehme im Kampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten eine neutrale Rolle ein, und das Parlament könne als Hebel zur Umwälzung einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verwendet werden.

Während im Feudalismus der Feudalherr derjenige war, der selbst und in einer Person oberster Gerichtsherr war, oberster Befehlsherr über seine Armee und oberster Entscheidungsträger in wissenschaftlichen und ideologischen Fragen, nimmt der Kapitalist im Kapitalismus diese Herrschaft nicht persönlich wahr. Die Konkurrenz innerhalb der Bourgeoisie zwingt die Kapitalisten, die Ausübung ihrer Herrschaft zu versachlichen und allgemeinen Regeln zu unterwerfen.

So wird der Staat zum relativ unabhängigen ideellen Gesamtkapitalisten, er stellt die Rahmenbedingungen für die Produktion zu Verfügung, sorgt für die Existenz von ausgebildeten und ungelerten Arbeitskräften, leistet Forschungs- und Entwicklungspolitik und produziert wichtige Waren und Dienstleistungen, wie z.B. Kommunikations- und Verkehrsnetze, die auf privatkapitalistischer Grundlage nicht gewährleistet wären.

Um das Gesamtinteresse des Kapitals durchzusetzen zu können, muss der Staat nicht nur von einzelnen Kapitalisten, sondern auch von der ganzen kapitalistischen Klasse relativ unabhängig sein.

Der Staat kann mit Behinderung oder Förderung bestimmter ökonomischer Tätigkeiten und Rahmenbedingungen der Produktion Einfluss auf die Wirtschaft

nehmen. Doch ist der Staat, wie gesagt, nur relativ unabhängig; wichtige Mittel zur Verhinderung oder Revision einer unliebsamen Politik des Staates gibt die Bourgeoisie nicht aus der Hand.

Die Bourgeoisie ist im Kapitalismus ökonomisch wie politisch die herrschende Klasse. *„Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“*

(Lenin, Wladimir Iljitsch, Staat und Revolution)

Die Machtmittel, die der Bourgeoisie in dieser besten Hülle garantieren ist die Trennung zwischen dem Besitz- und Stimmrecht kennzeichnend. Durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln findet das Staatliche Handeln an den Entscheidungen der Kapitalisten sein Ende.

Ein weiteres Kennzeichen für den kapitalistischen Staat ist das der gesamte Gewaltapparat, (Polizei, Armee, Jutiz, Behörden, usw.) von der Demokratie ausgenommen sind. Es überrascht nicht, dass die sogenannte Gewaltenteilung von der Herrschenden Klasse als etwas „Heilesig“ verteidigt wird. Auch die entscheidenden Initiativen der Gesetzgebung liegen nicht beim Parlament, sondern bei Ministerialbeamten und den Unternehmerverbänden. Somit wird durch die die Gewaltenteilung eine reibungslose Fortführung des System Garantiert, vollkommen losgelöst von irgend einem Regierungswechsel.

Diejenigen die in wichtigen Positionen des Staates dienen, wie Armeeführer, Spitzenbeamte und Polizeiführer ent-

stammen aus der Bourgeoisie oder sind durch Verschwägerung nach oben gekommen. In vielen Ländern spielen Eliteschulen und Universitäten die Selektionsmaschine bei der Auswahl der zukünftigen Staatsdiener.

Auch die Institution die frei gewählt wird, das Parlament hat seine Sicherheitsvorkehrungen, so versichert das Volk mit dem Wahlakt auf alle eigene Machtausübung. Die Abgeordneten sind von ihren Wählern unabhängig, sie sind nicht abwählbar, noch an irgenwelche Aufträge gebunden. Die Herren Parlamentarier sind allein ihrem „Gewissen“ gegen überverantwortlich und wie viele Euros dieses wert ist, kann an den Zahllosen Beispielen die an die Öffentlichkeit kamen erkannt werden. So entscheiden Schmiergeldzahlungen darüber wer in den Parteien zum Beispiel Parteivorsitzender wird. Und dies ist nach dem Strafgesetz nicht im geringsten strafbar. Die Parteien sind zudem auf die Zahlungen der Bourgeoisie angewiesen um ihrer Wahlkämpfe finanzieren zu können. Wenn alles nicht hilft, so wird entweder so lange die Wahlstimmen ausgezahlt bis das Ergebnis stimmt, siehe USA oder aber der staatliche Gewaltapparat übernimmt seine Notfunktion und jagt das Parlament auseinander und errichtet eine Militärdiktatur. Beispiele sind Chile, Türkei, usw.

In den Zeiten der Zunehmenden Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt bekommt die Fuktion des kapitalistischen Staates als Imperialistischer Nationalstaat eine immer wichtigere Bedeutung.

Die einzelnen kapitalistischen Staaten stehen in einer Beziehung zueinander, dabei ist der Staat das wichtigste Instrument um die Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszutragen. Der Staat sorgt für die Entwicklung und Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals. Mit Zöllen, Subventionen oder halt Erpressung mit der Ölwanne schützt der Staat das Kapital vor Ausländischer Konkurrenz.



**KLASSENKAMPF Jahresabo (6 Ausgaben) - DM 20,- / 10,- € inkl. Porto**

**NAME** \_\_\_\_\_

**STRASSE** \_\_\_\_\_

**PLZ/ORT** \_\_\_\_\_

**Tel.** \_\_\_\_\_

**Geld schicken an: N. Nelte, Nesselrode Str. 28, 50735 Köln  
oder überweisen (Vermerk KK-Abo) auf Postgiroamt Hannover (PGA), BLZ  
250 100 30, Kto. Nr. 1409 93-301**

# Die PDS entdeckt die kapitalfreundliche Wertschöpfungsabgabe

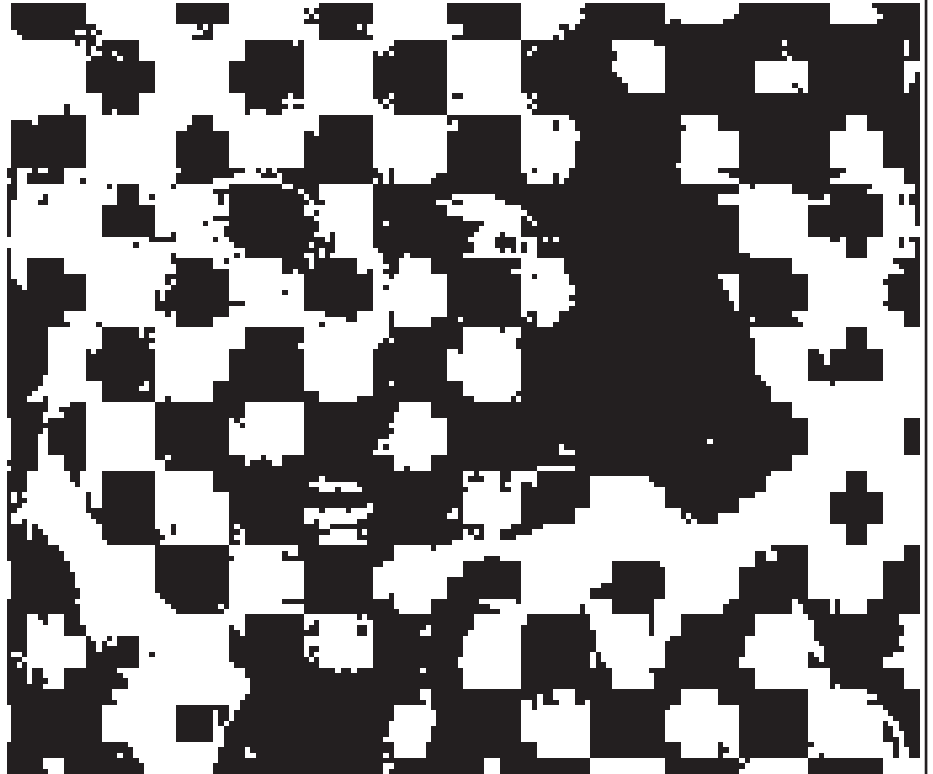
Die PDS und auch viele Attac-Anhänger meinen, mit der Wertschöpfungsabgabe die Quadratur des Kreises entdeckt zu haben. Die Reformisten glauben den Arbeitern mit dieser scheinbar neuen Wunderwaffe ein Instrument in die Hand gegeben zu haben, mit der der Umsturz des kapitalistischen Systems unnötig geworden sei. Sieht man sich allerdings an, wem diese Waffe wirklich nutzt, dann würden die Arbeiter die Finger von ihr lassen. Die PDS begründet ihre Forderung damit, dass die maschinenintensive Produktion besteuert werden soll, um so der personalintensiven Produktion einen Vorteil zu verschaffen.

Im Grunde genommen ist diese scheinbar neue Abgabe nichts anderes als die uralte arbeiterfeindliche Mehrwertsteuer, früher Umsatzsteuer genannt. Denn mit der Wertschöpfungs-abgabe soll die im letzten Produktionsprozess hinzu gekommene Wertschöpfung besteuert werden.

Die Mehrwertsteuer wird auf das gesamte Produkt berechnet, wobei allerdings die Vorsteuer für die Fertigung der Teilprodukte vor der Endmontage wieder abgezogen werden, so dass letztlich auch nur die im letzten Produktionsprozess hinzu gekommene Wertschöpfung besteuert wird. Wertschöpfungsabgabe und Mehrwertsteuer sind also identisch.

Die PDS versucht, der Wertschöpfungs-abgabe noch einen arbeiterfreundlichen Charakter anzudichten, da sie fordert, nur das Kapital zu besteuern. Anders als die Mehrwertsteuer würde die Abgabe nicht an den Endverbraucher weitergegeben.

Genau das aber stimmt nicht. Hätten die alten PDS-Kader zu ihrer Schulzeit in der staatskapitalistischen DDR-Diktatur - oder auf der SED-Parteischule - besser aufgepasst, als die Marx'sche Werttheorie durchgenommen wurde, hätten sie gewusst, dass alle in ein Produkt eingehenden Kosten, mit denen alle Kapitalisten gleichmäßig belastet werden, als konstanter Anteil in den Wert einer Ware einfließt. Oder auf Deutsch gesagt: Wenn alle Kapitalisten gleichmäßig mit einem Kostenfaktor belastet werden, werden sie ihn auf den Preis aufschlagen. Das kann sie schon deshalb problemlos machen, weil



sich ihre Konkurrenz ja genauso verhalten muss. Die Wertschöpfungsabgabe wird also letztlich auf den Endverbraucher abgewälzt.

Einen Vorteil würde die Abgabe nur ausländischen Produkten verschaffen, weil sie nicht mit ihr belastet wären und so zu einem günstigeren Preis angeboten werden könnten. So hätte die heimische Wirtschaft bei einer starken ausländischen Konkurrenz das Nachsehen, und im Inland würden Arbeitsplätze verloren gehen.

Allerdings würden die Linksreformisten von PDS und Attac einen Teufel tun, die eigene Wirtschaft derart zu belasten. Wie die Konservativen würden auch sie die ausländischen Produkte mit höheren Einfuhrzöllen belasten. So würde die Abgabe also die ausländischen Produkte benachteiligen und außerhalb der deutschen Grenzen Arbeitsplätze vernichten.

Wie man das Kind auch nennt - ob Wertschöpfungsabgabe, Mehrwertsteuer oder Einfuhrzoll - es ist immer das gleiche, bezahlen müssen letztendlich die Arbeiter.

Bei der Einkommenssteuer wird in der Tat ein höheres Einkommen proportional höher belastet als ein niedrigeres Ein-

kommen. Da die Reichen einen viel größeren Anteil von ihrem Einkommen als Spekulationskapital einsetzen, ist ihr Konsum natürlich anteilmäßig viel niedriger als der Konsum der Arbeiter.

Oder anders: Der Reiche kann auch nicht mehr Schnitzel essen als der Arbeiter. Mit der Mehrwertsteuer aber wird der Arbeiter genauso belastet wie der Kapitalist. Und wir Kommunisten sollten diese Steuer deshalb immer ablehnen.

Aber die PDS sind eben keine Kommunisten, sondern genauso bürgerliche Parteien und Parasiten wie SPD und CDU.

# Der NPD-Skandal

Francis Byrne

Der bürgerliche Staat wappnet sich auf verschiedene Arten gegen Massenbewegungen, Streiks, Besetzungen und ähnliches. Sollten Polizei und Justiz eine Bedrohung nicht mehr eindämmen können, gibt es die Option, mit einem Militärputsch eine direkte Kontrolle durch das Kapital zu ermöglichen. Scheitert dies, wie im Falle des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920, wegen der starken Gegenwehr der Massen, setzt das Kapital auf eine andere Möglichkeit, Bewegungen zu zerschlagen - den Faschismus, den die Bourgeoisie ja auch 13 Jahre nach dem Putsch von Hitler installieren ließ.

Der bürgerliche Staat braucht den Hass zwischen den Menschen, um sie - frei nach dem Motto ‚Teile und herrsche‘ - regieren zu können und setzt diesen Rassismus täglich in Gesetzen um. Er braucht auch die Nazis, um seine Herrschaft fortsetzen zu können. Einerseits als Notbremse für zukünftige soziale Bewegungen oder als ihr Vernichter und andererseits für die Durchsetzung solcher Gesetze wie der Abschaffung des Asylrechts von 1992.

Der Skandal um die Aufdeckung der Informanten der staatlichen Geheimdienste bei dem Verbotsantrag gegen die NPD beweist einmal mehr, dass der Staat die Nazis nicht nur gewähren lässt, sondern sie auch gezielt aufbaut. Wolfgang Frenz, Vorsitzender der NPD in Nordrhein-Westfalen und ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand, - einer der wichtigsten Kronzeugen im Prozess um das NPD-Verbot - war 36 Jahre lang Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Nach eigenen Angaben bekam er für seine Tätigkeiten monatlich etwa 600,- bis 800,- DM, die er zum größten Teil an die Parteikasse weiter leitete. Das macht summa summarum rund 250.000,- DM, die der Staat von unseren Steuergeldern an die Nazi-Partei zahlte.

Innerhalb von wenigen Tagen wurde klar, dass Frenz kein Einzelfall ist. Dutzende weitere Führungskader dienen dem Staat als Informanten. Offiziell ist von etwa 100 V-Männern innerhalb der

Führungsschicht der NPD die Rede. 100 V-Männer, die jeder monatlich vielleicht nur 500,- DM bekommen haben, machen immerhin 50.000,- DM. Damit lässt sich eine Partei schon aufbauen. Es stellt sich die Frage, ob die NPD ohne die Unterstützung des Staates überhaupt ein nennenswertes politisches Gewicht hätte. So vermutet die PDS-Politikerin Petra Pau, dass die NPD vom Staat erst „hochgezüchtet worden“ ist.

So wurde Frenz schon 1959 für den Verfassungsschutz angeworben; gegründet wurde die NPD aber erst 1964. Immer wieder gab es in der Vergangenheit



Hinweise und Beweise dafür, dass der Staat den Nazis bei dem Aufbau ihrer Schlägerbanden und Hassgruppen unter die Arme greift. So war es Ende der 90-er Jahre der verurteilte Nazi-Terrorist Manfred Roeder, der für ein Siedlungsprojekt im russischen Kallinin-grad (das ehemalige deutsche Königsberg) LKWs aus Bundeswehrbeständen und Finanzmittel geschenkt bekam. Außerdem durfte er zur gleichen Zeit ein Referat an der Führungsakademie der Bundeswehr zum Thema „Deutschland und das Verhältnis zu den ehemaligen Gebieten im Osten“ halten.

Teilweise beteiligen sich die Staatsinformanten selbst an Terroranschlägen oder Angriffen gegen ausländische Kollegen. Einer der bekanntesten Fälle

hierfür ist Hans Dieter Lepzien, Mitglied der NSDAP-AO und V-Mann des Verfassungsschutzes. Ihm wurde Ende der 70-er Jahre nachgewiesen, selbst Bomben für Anschläge einer Wehrsportgruppe gebaut zu haben.

Auch der Fall Bernd Schmitt sorgte für Aufsehen. Er betrieb die Kampfsportschule Hakpao in Solingen, bildete Saalschutz-Schläger für Nazi-Veranstaltungen aus und sollte im Dienste des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen die Nazis beobachten. In seiner Kampfsportschule trainierten auch einige der Attentäter, die 1993 mit einem Brandanschlag fünf türkische Frauen und Mädchen umbrachten.

Natürlich versucht der Staat, die Nazis auf kleiner Flamme zu halten, da sie für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands bedrohlich sein können. Aus diesem Grund hat Schröder das Schauspiel des ‚Aufstandes der Anständigen‘ und den Verbotsantrag gegen die NPD in die Wege geleitet. Gleichzeitig wissen die Herrschenden aber auch, dass sie die Nazis früher oder später für die Aufrechterhaltung ihrer Macht benötigen werden - besonders in Kriegszeiten, wo den Massen besonders stark gekürzt werden muss. Deshalb unterstützen sie die Nazis auch über die abgedunkelten Kanäle der Geheimdienste oder direkt, indem sie immer wieder ihre Aufmärsche mit Knüppelgewalt gegen den Willen der riesigen Mehrheit der Menschen durchsetzen.

Wir setzen uns ein für ein Verbot aller faschistischen Organisationen, nicht nur der NPD. Gleichzeitig muss uns klar sein, dass wir ein solches Verbot nur mit einer riesigen Massenbewegung durchsetzen können.



# Die Antideutschen

## Von ‚Nationalen Sozialisten‘ zu globalen Imperialisten

Ruth Krüger

„Kampf der Friedensbewegung!“, so die Schlagzeile eines Flugblattes, das am 9. Dezember 2002 in Berlin von den Antideutschen KommunistInnen verteilt wurde.<sup>1</sup> Ihrem Namen nach würde man eine solche Gruppierung wohl eher für links halten - was sie selbst auch tut -, im Flugblatt allerdings enthüllt sich schnell der tiefe Abgrund, der hier zwischen Schein und Wirklichkeit klafft: In ihrem Text etikettieren die Antideutschen „Faschisten, Normalbürger und Linke“ als Antisemiten und werfen sie in einen Topf, um sodann die Antifa aufzufordern, „sich gegen die Friedensfreunde und Globalisierungsgegner [zu] richten“.

Viel schlimmer als ihre Propaganda gegen linke politische Aktivisten aber ist ihr tief sitzender Rassismus gegen Araber, die von den Antideutschen als „Protagonisten einer faschistischen Ideologie mit islamistischem Antlitz“ bezeichnet werden.<sup>2</sup> Einige Antideutsche heißen sogar die gegenwärtigen US-Kriege gegen die Erdöl fördernden Länder des Nahen Ostens nicht nur als Kreuzzug gegen den Islam gut, sondern können kaum noch abwarten, bis die Bush-Administration ihre Armee endlich zuschlagen lässt.

Diese antinationalen Gruppierungen belassen es oft nicht dabei, Rassismus und Nationalismus „nur“ zu propagieren, die imperialistische Ausbeutung der arabischen Welt zu verteidigen und Kriegshetze zu betreiben, zunehmend machen sie als Polit-Hooligans von sich Reden. Um ihnen zum Opfer zu fallen, reicht es schon, die Besetzung Palästinas durch die israelische Armee zu kritisieren, die schon Tausende Palästinenser mit dem Leben bezahlen mussten. In solchen Fällen wird man als Antisemit beschimpft, bekommt seine Flugblätter und Zeitungen abgenommen oder zerrissen und wird mitunter sogar tätlich angegriffen.

Doch trotz dieser reaktionären Ansichten und Ausschreitungen nimmt ein Großteil der Linken die antideutsche Ideologie ernst und hält sie sogar für diskussionswürdig, obwohl man doch von Menschen, die sich für fortschrittlich halten, erwarten dürfte, dass sie Rassismus und Volkstümler bekämpfen, anstatt ihnen eine Plattform zu geben. Wie konnte es soweit kommen?

Was die Antideutschen wollen

Zunächst einmal wäre da die Ideologie der Antideutschen zu nennen. Hier dreht und wendet sich alles um einen zentralen Angelpunkt: Israel. Die Antideutschen, die sich auch als „Antinationale“ oder sogar als Kommunisten bezeichnen, sehen in diesem Staat keinesfalls das Unterdrückungsinstrument einer herrschenden Klasse, wie man es von einem Sozialisten erwarten würde - für sie ist der israelische Staat die einzige Institution in der Geschichte und auf der Welt, die ‚den‘ Juden Zuflucht und Schutz bieten konnte.

Ihre ganze Politik besteht nun darin, dass sie unterstützen, was den Interessen der israelischen herrschenden Klasse dient, und bekämpfen, was ihnen im Weg steht. So erklärt sich, dass sie die Kritik am israelischen Besatzungsterror in Palästina gleichsetzen mit dem Antisemitismus der Nazis. So erklärt sich auch, dass sie die US-Kriege gegen arabische Länder befürworten, die den Staat Israel als ständige Bedrohung ansehen. Sie haben eine Weltanschauung, die die Welt in Klassen geteilt sieht, eingetauscht gegen die blinde Ideologie des Nationalismus.

Nun stimmt es völlig, dass Menschen jüdischen Glaubens spätestens seit dem Mittelalter immer wieder Opfer grausamster Verfolgung waren und sich für sie nach dem Zweiten Weltkrieg und dem millionenfachen Massenmord der Nazis kein Ort zu erkennen gab, der eine sichere Bleibe versprach. Aber auch die nahöstliche Region, die heute das Staatsgebiet Israels bildet, ist da keine Ausnahme.

Zunächst einmal ist die israelische Bevölkerung Spielball imperialistischer Interessen. 1945 hatten die USA Großbritannien als führende Weltmacht abgelöst. Auch für die Kontrolle über die weltweit größten Erdöl-Vorräte - nämlich die des Nahen Ostens - fühlten sie sich zuständig. Aber bereits unter der Herrschaft Großbritanniens war es der zionistischen Bewegung gelungen, Juden im Gebiet des damaligen Palästinas anzusiedeln; 1918 gab es dort 56.000 Juden und etwa eine Million Palästinenser, wobei der britische Imperialismus die Einwanderer benutzt hatte, um sie gegen die Palästinenser auszuspielen. Und nach dem Zweiten

Weltkrieg war es die US-Regierung unter Truman, die die Aussicht auf einen jüdischen Staat verlockte, dessen Überlebensfähigkeit ganz vom Wohlwollen der Vereinigten Staaten abhängen würde. Das machte ihn zum Anwalt von US-Interessen in der Region, zum Wachhund Amerikas im Nahen Osten.

Nun unterstützten die USA die extremsten Zionisten, die 1948 durch Terror, Morde und vehemente Zerstörungen eine Dreiviertelmillion Palästinenser vertrieb, um den Staat Israel zu gründen. Seither wurde der Staat so massiv von den Vereinigten Staaten finanziert, dass er sich den Lebensstandard eines hoch industrialisierten Landes leisten konnte - inmitten der Dritten Welt. Von den USA wurde er als eine Art ständiger Militärposten im Nahen Osten mit Geld und Waffen unterhalten. Das führte zu Kriegen - 1948, 1956 und 1967. So zog der israelische Staat notwendiger Weise den Hass der arabischen Welt auf sich.

Zur bloßen Erfüllung imperialistischer Ziele kam noch hinzu, dass die Zionisten in der Regierung die Palästinenser weiter terrorisierten, ermordeten und vertrieben, wo sie nur konnten, um ihr Land in Beschlag zu nehmen. Der heutige Premierminister Ariel Sharon hatte z.B. schon 1982 als Verteidigungsminister die Ermordung von über Tausend Palästinensern in den Flüchtlingslagern Sabrah und Shatilah veranlasst - und die lagen im Libanon. Gegenwärtig lässt er Palästina als Regierungschef durch die militärische Besetzung wirtschaftlich ausbluten und hat auch wieder Tausende Palästinenser auf dem Gewissen. Die Erwidern seines Terrors durch einige Widerstandsorganisationen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln - den Selbstmord-Attentaten in Israel - war eine voraussehbare Reaktion.

So lässt sich einwandfrei sagen, dass die israelische Politik keinesfalls die Juden schützt. Indem sie den Hass auf den Staat Israel immer weiter anfacht, ist sie viel eher eine Bedrohung für jüdische Menschen. Aber das sind Fakten, die den Antideutschen schlichtweg egal sind. Und da sie vorgeben, gegen den Antisemitismus zu Felde zu ziehen, können sie sich auch des Wohlwollens von zumindest einem Teil der Linken sicher sein. Denn gerade die ‚NeueLinke‘ war in der BRD als Reaktion auf die spießige Kultur des Verschweigens und Verdängens der NS-Verbrechen im Land der Täter entstanden.

<sup>1</sup> <http://antideutsch.ecommunications.org/friedensbewegung.htm>

<sup>2</sup> Albertini, Andrea, in: Jungle World, 17.10.2001

# Von Palästina bis Erfurt

Norbert Nelte

Angesichts der tragischen Ereignisse in Erfurt stellt man sich die Frage nach dem Warum. Warum werden die Kinder immer aggressiver, und warum sinkt ihre Hemmschwelle, andere zu quälen, so dramatisch?

Von der Rechten wird dabei ihre ordnungspolitische Vorstellung ins Feld geführt. Die Gewaltvideos, -filme und -spiele müssten einfach verboten werden, und schon wären die Kinder wieder lieb.

schon genug Gewalt zu sehen ist. Die Gewaltfilme sind nur eine Widerspiegelung der Realität. Glaubt man denn wirklich, dass man die Welt der Kinder liebevoll gestalten könnte, während die Erwachsenen sich die Köpfe einschlagen!

Die Tat des Schülers ist grauenhaft und pervers. Aber die Besetzung Palästinas durch Israel und die Abschichtung der Araber durch den israelischen Staat und seines US-amerikanischen Helfershelfer



Dabei wird nur nicht verstanden, dass die Filme und Spiele auch nur eine Auswirkung der eigentlichen Ursache für die Zunahme der gesamten Gewalt sind. Würden bloß die Gewalt verherrlichenden Filme und Spiele verschwinden, würde sich nichts Wesentliches ändern.

Die eigentliche Frage müsste lauten, woher kommt die gesamte Gewaltzunahme? Serben erschlagen Bosnier und Kosovaren, die israelische Regierung ballert in palästinensische Flüchtlingslager oder bombardiert sie, US-Soldaten lynchen zusammen mit afghanischen Einheiten 1.000 gefangene Taliban. Völkermord in Ruanda, Hunger und Elend überall - und die Erwachsenen schauen Schultern zuckend zu.

Bei der Untersuchung der Gewalt in Fernsehfilmen ist den TV-Machern auf-gefallen, dass in den Nachrichten

ist die Perversion der Perversion. Die Kinder sind nur das letzte Glied der Gewaltkette.

Die Zunahme der Gewalt in der Politik, in den Betrieben in der Form des Mobbing, bei den Nazigangs und in den Schulen ist das Ergebnis der Konkurrenzproduktion, und der daraus resultierenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals bzw. der dadurch steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals und der zunehmenden Entfremdung.

In der Produktion nimmt der Anteil der Maschinen immer mehr zu, der der Arbeit immer weiter ab. Der Arbeiter kann nur über seinen eigenen Lohn, also den immer geringer werdenden Teil, verfügen. Die Kontrolle über den immer größer werdenden konstanten Anteil an Maschinen, deren Wertanteil auch in die von ihm produzierten Waren mit eingeht,

Die IS im  
Internet

aktuelle Termine

Klassenkampf  
online lesen!  
„Jude zum Arbeit“

Bücherkiste  
+ Shop

Linke Links

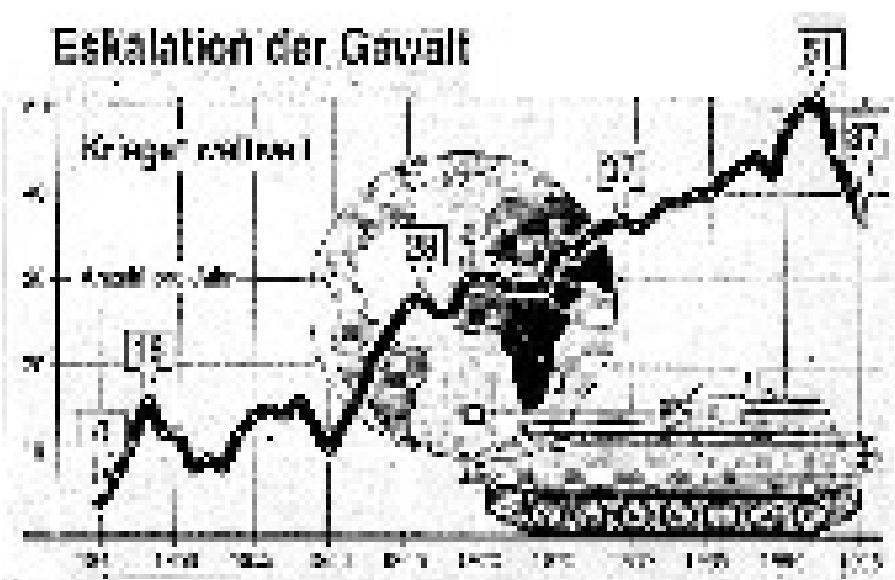
1998.

www.InternationaleSozialisten.de

Sozialisten

www.InternationaleSozialisten.de

## Eskalation der Gewalt



wird ihm entzogen. Seine Würde, analysiert Marx, wird also reduziert auf den Tauschwert seiner Arbeitskraft, also auf 3 Euro 50.

Er selber landet als Ware auf dem Arbeitsmarkt, vergleichbar mit einer Banane. Erst in einem emanzipierenden Kampf, z.B. einem unbefristeten Generalstreik, wenn er die Chance sieht, die Kontrolle über seine gesamte Arbeit und damit auch über seine gesamte Person zu erreichen, wird er seine volle Würde erhalten können.

Die Entfremdung erfasst nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Kapitalisten. Er muss zu jeder Zeit seine Firma repräsentieren, kann also nie er selber

sein. Seine Würde wird auch in die Akkumulationslogik verwandelt. Deshalb spricht Marx davon, dass der Arbeiter mit seiner eigenen Emanzipation auch gleichzeitig alle Menschen emanzipiert.

Aber heute laufen wir alle noch als Zombies mit einer Restwürde von 3 Euro 50 herum, als Verkörperung des Akkumulationsgesetzes. Und diese Restwürde verschwindet immer mehr. Den Kindern wachsen an den Händen Joysticks, den Vätern Schraubenzieher, die Bildzeitung, eine Bierflasche und ein Prügel, und die Mütter erstarren zu masochistischen Sklavinnen. 35% aller Schüler sind schon verhaltensgestört - das Ergebnis von Vernachlässigung,

Demütigung und Gewalt der Eltern bis hin zu sexuellem Missbrauch, dessen Dunkelziffer auf bis zu 50% der Bevölkerung geschätzt wird.

Die Pisa-Studie hat auch die daraus resultierenden erschreckenden Lernmängel in den Vordergrund gerückt. 10% der Bevölkerung kann Texte nicht verstandesmäßig aufnehmen. 18% der Kinder, besonders die ausländischen, haben keinen Schulabschluss. Das Interesse des Kapitals an der Verfügung über die Arbeiter-Sklavenheere manifestiert sich in ihnen.

Den Schmerz der seelischen Verkrüppelung glauben diese Kinder nur noch ertragen zu können, indem sie die Qual weitergeben, um so ihre eigene Ohnmacht zu kompensieren - endlich Herr über Andere und damit über sein eigenes Schicksal zu sein. Eine Linderung mittels einer Seelenklempner-Tournee bleibt das Privileg der gebildeten Schicht.

Und so sind die Kinder, Mütter und Väter des beginnenden 3. Jahrtausends verlorene Bauernopfer im Konkurrenz-Monopoly der Mächtigen. Die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals zieht die Marktchancen immer enger. Um die wenigen verbliebenen offenen Märkte und Rohstoffe werden die Kriege immer erbitterter geführt. Nur noch wenige Oligarchen können sich halten. Der Rest wird in die Tiefe gerissen und reißt die noch Lebenden mit sich. Zum Schluss werden sich selbst die Monopole nicht mehr halten können.

Das Gesellschaftssystem des Ostblocks, der bürokratische Staatskapitalismus, ist schon zusammengebrochen. Der japanische Aktienmarkt ist über die Hälfte gefallen. Hier hat es bereits die Konzerne Holzmann, Kirch-TV und Babcock erwischt. Die führende Nation Amerika kommt nicht mehr hoch. Und alles spricht nur noch vom Krieg. Es liegt auf der Hand, dass die zunehmende Entfremdung und der brutale Wettlauf um die verengten Märkte die Menschen pervertiert.

Die Gewalt-Videos sind nur eine Widerspiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Aber auch sie dienen den gewaltbereiten Jugendlichen als perverse Handlungsanleitung und müssen von ihnen ferngehalten werden.

Einen 100%-igen Schutz vor Gewalttaten, egal ob von Kindern oder Erwachsenen ausgeführt, wird es erst in einer klassenlosen Gesellschaft geben.

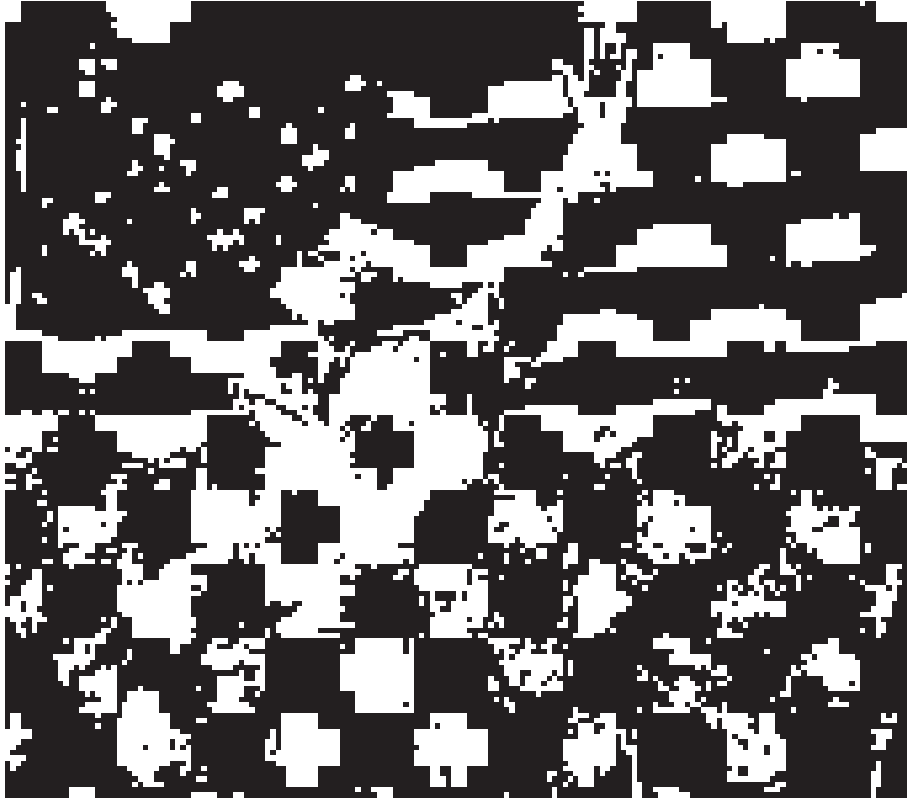
## Amokläufe der letzten Jahre





# Das Spiel ist aus!

Der Rüstungsboom wird Bush nicht mehr retten  
(Fortsetzung von der Rückseite)



Wahrscheinlich wird es zu einem geringen Aufschwung in der Zeit der heißen Kriegsphase für die zwei bis drei Monate kommen, wo auch die Bomben ihr blutiges Werk leisten werden. Danach wird es wieder eine lange Zeit von weiterer Kriegshetze und -angst geben.

Was aber letztlich der Weltwirtschaft total das Genick brechen wird, wird der Ölpreis sein. Er ist schon von im Jahre 2002 von 24 Dollar auf 40 gestiegen (März) und selbst die drastischen Fördererhöhungen von Kuwait, Saudi Arabien und Russland konnten den Preisanstieg nicht mehr verhindern. Alle Insider rechnen jetzt nach den Angriff auf Irak mit einem Flächenbrand im Nahen Osten, so dass mit einem weiteren Anstieg zu rechnen ist. Die Analysten gehen davon aus, dass, wenn der Preis bei 70 Dollar angelangt ist, es zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft kommen wird.

Auch wenn die USA diesen Krieg nicht führen würden, würde das an einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft nichts ändern. Das Öl, über das Amerika verfügt, versiegt in 8 Jahren. Für die amerikanische Wirtschaft ist das aber notwendig, einmal,

weil sie bisher nichts getan hatte für die Erforschung alternativer Energien und besonders, weil ihr das als zusätzliches Mittel zum Militär für die Weltmacht-politik fehlen wird. Sie kann dann nur mit den heißen militärischen Mitteln die Welt erpressen und nicht wie bisher schon im Vorfeld mit dem Öl. Seit dem ersten Weltkrieg ist für die Weltwirtschaft immer die USA als Wirtschaftsmotor wichtig gewesen für die Ankurbelung aller nationalen Wirtschaften. Amerika ist daher der einzige Garant des Imperialismus im 21. Jahrhundert und wenn es ausfällt wird die wohl- geordnete Hierarchie im Weltmaß-stab zusammenbrechen und anarchische Zustände zwischen den Staaten ausbrechen.

Zu der Ungleichzeitigkeit, dass nur wenige Staaten den 3. Weltkrieg führen, kommen also noch die Probleme: 1. die niedrige Profitrate, 2. der lange grosse Abschwung seit 75, 3. das Zeitlupentempo und 4. der hohe Ölpreis. Die Weltwirtschaft wird wie ein Kartenhaus zusammenbrechen.

Chaoswirtschaftsminister Clement hat zu den bereits ca. 10-20%igen Kürzungs-

beschlossen noch 34 weitere Kürzungen (Neudeutsch „Reformen“) in der Tasche, wohlwissend, dass das alles noch lange nicht langen wird. Und die entscheidende 3. Schlachtereier hat noch gar nicht angefangen. Erst halten die Arbeiter wie der Igel vor der Schlange den Atem an, aber dann werden die Millionen der Anti-Kriegsbewegung sie vorwärts treiben und die Schlange Bush zu Tode stampfen: Exxon, Mobil, BP und Shell, nehmt euren Krieg und geht zur Hölle!

Ganz pessimistische Kenner der Ölindustrie wie Campbell gehen sogar davon aus, dass das weltweite Produktionsmaximum aller Ölvorkommen schon im Jahre 2004-2008 erreicht sein wird und das gesamte Öl der Welt bis zum Jahr 2012 versiegen wird, nicht nur das US-amerikanische. Das aber würde bedeuten, dass Bush seine blutige Schlachten Schlag auf Schlag durchziehen müsste und am Ende würde er dennoch dastehen wie ein begossener Hase und die Millionenmassen wie der siegreiche Igel. Das amerikanische Imperium steht nackt da, ohne Ölwanne und mit seiner spritschlurfenden Armada. Der Anlasser der Weltwirtschaft gibt nur noch ein klägliches Krächzen von sich wie das Todesröcheln des Kapitalismus und seine Protagonisten fuchteln hilflos dicke Backen machend mordlüstern mit den Armen. Halten wir sie auf.

**Butter statt Kanonen  
Kein Blut für Öl!**

# Kann Europa sich unabhängig machen von den USA?

Alexander Simon

Über die deutsch-amerikanischen Beziehungen wurde in den Medien nach dem verbalen Nein zum Irak-Krieg von der deutschen Regierung heftig debattiert. Die US-Führung teilte sich Europa in ein „neues“ und ein „altes“ auf, wobei das „alte Europa“ in Form von Deutschland und Frankreich ein „Problem“ für Europa darstelle und das „neue Europa“ geschlossen mit an der Front gegen den Irak kämpft. Die ganzen Scharmützel, die in den Medien hochstilisiert wurden, lenkten geschickt davon ab, dass die deutsche Regierung zu keinem Zeitpunkt eine Beteiligung am Irak-Krieg kategorisch abgelehnt, sondern ganz im Gegenteil still und heimlich die Vorbereitungen für den Angriff unterstützt hat.

Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Russlands und Chinas pokerten mit den USA lediglich um die Brocken, die vom Ölkuchen Iraks übrigbleiben. Der Ex-CIA-Chef James Woolsey fasste die US-Position gegenüber den anderen imperialistischen Ländern folgend zusammen: „Sollten sie sich allzu sehr für Saddam Hussein einsetzen, könnte es schwierig bis unmöglich sein, eine neue Regierung im Irak zu überzeugen, später mit ihnen zu kooperieren“ (Der Spiegel, 41 [2002]). Im Spiegel wurde die Vorkriegszeit passend zusammengefasst:

„Geschacher vor der Schlacht. Noch ehe ein erster Schuss überhaupt gefallen ist, rangeln russische, französische und amerikanische Firmen um eine Neuaufteilung des künftigen Ölgeschäfts mit dem Irak. Das ölreiche Russland will zusammen mit den USA die Macht des Opec-Kartells brechen.“ (Der Spiegel, 41 [2002])

Nachdem Bagdad den Vertrag mit Moskau für die Öl-Konzessionen aufgelöst hatte, begann sich eine neue „Energiepartnerschaft“ zwischen den USA und Russland herauszubilden. Die Vereinigten Staaten versprachen, in Zukunft russisches Erdöl im großen Stil abzunehmen. Michail Chodorkowski, Chef des russischen Öl Konzern Jukos, hat seine Vision dieser Partnerschaft: „Wir könnten bald einen fast so hohen Anteil am US-Markt erreichen, wie ihn heute Saudi-Arabien hat“ (Der Spiegel, 3 [2003]). Daneben werden die Vereinigten Staaten in Zukunft die ver-

alteten russischen Förderanlagen aufrüsten und den Bau neuer Pipelines unterstützen. Gemeinsam soll so die Unabhängigkeit vom Opec-Öl erreicht werden - zumindest bis die USA ihre Pläne im Nahen Osten umgesetzt haben.

Frankreich und England wurden ebenfalls mit Ölkonzessionen geködert. Der nach Bushs Meinung „beste Freund“ in Europa, der polnische Regierungspräsident Kwasniewski, ist von den USA mit günstigen Konditionen für die F-16C-Kampfflugzeuge eingekauft worden.

Wie groß der Brocken ausfällt, den Deutschland am Ende erhalten wird, wird davon abhängen, wie sehr es die USA weiterhin unterstützt. Die bisherige Beteiligung wurde mit Verpflichtungen aus dem Nato-Bündnisvertrag gerechtfertigt. So ist mit den Überflugs- und Transitrechten die US-Mobilmachung entscheidend vereinfacht worden; auch während des Irak-Krieges können US-Kampfflugzeuge von deutschem Boden aus ihre tödliche Fracht direkt im Irak abwerfen. So begann der US-Luftwaffen-Stützpunkt in Spangdahlen, die größte Start- und Landebahn Europas zu bauen. In Grafenwöhr planen die USA, ihre Kasernen um 1.600 Wohnungen für „schnell verlegbare mechanisierte Brigaden“ auszubauen.

Daneben entlastet die deutsche Bundeswehr ihre US-Kollegen, wo es nur geht - ob in Deutschland, wo 95 Einrichtungen der US-Army von 7.000 Bundeswehr-Soldaten bewacht werden, am Balkan oder in Afghanistan, wo die BRD seit dem 10. Februar die Führung der internationalen Schutztruppe Isfa übernommen und ihre Truppenkontingente auf 2.500 Soldaten erhöht hat.

Auch eine direkte Beteiligung findet trotz aller Beteuerungen statt, die 170 Bundeswehrsoldaten in den 17 AWACS-Aufklärungsflugzeugen der Nato überwachen neben der Türkei auch den Luftraum des Nordiraks. Inwieweit die Fuchs-Spürpanzer in Kuwait noch zum Einsatz gegen den Irak kommen, hängt nur davon ab, ob Saddam Hussein eine seiner unauffindbaren Massenvernichtungswaffen einsetzt. Die Lieferung der Patriot-Raketen an Israel ist auch nichts weiteres als eine Beteiligung am Krieg, da das Land bei einem Angriff Husseins wohl

kaum auf den Einsatz der Abwehrraketen verzichten wird.

In der Debatte um die deutsch-amerikanischen Beziehungen trat die Frage auf, inwieweit dem Deutschen Kapital der Irak-Krieg überhaupt nutzt. Seit der Orientgesellschaft hat es gute Geschäftskontakte zur arabischen Welt unterhalten. In den 70-er Jahren wurden die Geschäftsbeziehungen der BRD mit dem Irak ausgebaut, 1981 war der Irak zum „wichtigsten Kunden der deutschen Wirtschaft in der arabischen Welt“ geworden (Frankfurter Rundschau, 10.02.82). 1982 wurden Waren und Kapital im Wert von 7,6 Mrd. DM in den Irak exportiert.

Im Jahr 2000 haben die USA 23 Mrd. US-Dollar in den Mittleren Osten exportiert, die EU 63,7 Mrd. Dollar. Und 2001 waren die deutschen Exporte in den Nahen Osten mit 14.530 Mio. Euro wichtiger als die zum Handelspartner Japan mit 13.103 Mio. Euro (Statistisches Bundesamt 2002).

Die deutschen Investitionen im Irak nahmen in den letzten Jahren immer weiter zu, der bürgerliche Journalist Peter Scholl-Latour empfahl der deutschen Regierung gar, ihre Beziehungen zum Saddam-Hussein-Regime zu verbessern.

Ein Großteil der Linken hat sich deshalb bequem in der vermeintlichen Sicherheit bzw. Blindheit gewogen, das deutsche Kapital werde sich schon nicht ins eigene Fleisch schneiden. Die Auffassung, man müsse nur an die richtige Fraktion des Kapitals appellieren, um so eine deutsche Kriegsbeteiligung abzuwenden, machte sich breit. Jedoch übersahen die selbst ernannten Propheten des deutschen Kapitals dabei, dass der Irak-Krieg nicht geführt wird, um ein paar Petro-Dollars mehr in die Tasche zu stecken, sondern dass er nur eine Schlacht im Feldzug der USA ist, der ihre Vorherrschaft in der Welt retten soll. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind längst zum letzten Garanten des Weltkapitalismus geworden, und somit bleibt dem deutschen wie dem europäischen Kapital in seiner Abhängigkeit von der amerikanischen Konjunktur keine andere Wahl, als sich dem Oberimperialisten unterzuordnen.

Im Krieg gegen Iran, den die Bush-Administration nach dem Irak angreifen will, sehen viele die endgültige Zerreißprobe gekommen, in der das europäische Kapital sich dann vereinigt dem US-Imperialismus in den Weg stellen würde. Es stimmt, die Spannungen zwischen den Imperialisten werden an Härte deutlich zunehmen, aber die Frage, ob Europa sich zum neuen Oberimperialisten aufschwingen wird, ist mit einem klaren Nein zu beantworten.

Eine Betrachtung der momentanen Weltlage ist notwendig, um die heutigen und morgigen Veränderungen auf der Welt zu begreifen. Der Krieg gegen Afghanistan war nur der Anfang eines langen Feldzuges der USA. Die Vereinigten Staaten überfallen ein Land nach dem anderen, in dem sie keine Kontrolle über die Ölreserven hat; Ziel ist es, mit der Verfügungsgewalt über die Ölströme in der Welt die Konkurrenten auf dem Weltmarkt gefügig zu halten, so auch Scheich Jamani, ehemaliger Erdölminister Saudi-Arabiens: „Öl könnte wieder eine Waffe werden - in den Händen der allmächtigen Amerikaner“ (Der Spiegel, 3 [2003]).

Noch sind die USA die stärkste Wirtschaft der Welt, verlieren aber in manchen Bereichen immer mehr an Boden und sind nicht mehr konkurrenzfähig. So ist die Produktivität pro Arbeitsstunde in Frankreich bereits höher als in den USA, was nur noch durch höhere Arbeitszeiten der amerikanischen Arbeiter ausgeglichen wird. In der zivilen Flugzeugindustrie ist der amerikanische Flugzeughersteller Boeing bereits von seinem europäischen Konkurrenten Airbus abgehängt worden, im Automobilsektor gewinnen in den letzten Jahren immer mehr europäische und asiatische Konkurrenten Anteile auf dem US- und Weltmarkt.

Vor allem die neue auftretende Großmacht China, die die USA nach Schätzung der OECD in 15 Jahren wirtschaftlich überholt haben wird, macht dem US-Kapital Kopfschmerzen. In der Biotechnologie hat China bereits die Führungsposition übernommen, in den nächsten 10 Jahren werden 220 Millionen Arbeiter in den industriellen und den Dienstleistungssektor wechseln.

Um zur alles beherrschenden Weltmacht zu werden, kommt China allerdings zu spät. Das kann man an der Geschichte der USA sehen. Schon 1886 hatten sie England wirtschaftlich überholt, aber zur Übernahme der Weltmacht brauchten sie noch zwei Weltkriege.

Abgesehen davon, dass heute jeder Weltkrieg ungewinnbar wäre, weil die

moderne Rüstung aus Massenvernichtungswaffen besteht, deren Einsatz das Leben auf unserem Planeten vernichten würde, fehlt China schon die Zeit für solche Unternehmen. Es hat seine Wirtschaft mit der höchsten organischen Zusammensetzung des Kapitals weltweit aufgebaut. Das heißt, der Anteil von Maschinen, der in die Herstellung einer Ware einfließt, ist im Vergleich zur verwendeten menschlichen Arbeitskraft extrem groß. Dieser hohe Grad der Rationalisierung hat China einen gewaltigen Wachstumsschub beschert, das Land macht riesige Sonderprofite.

Da Profite aber nur aus der lebendigen Arbeitskraft gezogen werden können, wird die Profitrate allerdings auch in China wieder so rasant fallen, wie die der anderen Industrienationen. Dem Motor der Weltwirtschaft, der USA, ist nicht bloß kurzfristig die Luft ausgegangen, irgendwann wird er völlig aussetzen. Der Untergang der Vereinigten Staaten wird die ganze globale Ökonomie mit in den Abgrund reißen und auch China erfassen. Das Land hat, wie bereits gesagt, also nicht mehr die Zeit, um zur genügenden Größe aufzusteigen. Schon heute stehen einige der modernsten Hochhäuser in Shanghai wieder leer.

Wie steht es nun um Europa, das mit dem Römischen Reich und dem britischen Commonwealth ja schon zwei Mal die Welt beherrscht hat? Ein drittes Mal könnte es kein Weltreich gründen; die imperialistische Bestie Europa ist im Vergleich zu den USA schon alt und zahnlos geworden. Das europäische Kapital hat keine Chance, sich zum Weltherscher aufzuschwingen, weil die Profitrate hier inzwischen schon unter 5% liegt, und mit der Weltwirtschaftskrise schwinden die Renditen immer mehr. Der Share Holder Value Konzept der letzten Jahre funktioniert nicht mehr, Gewinne aus Firmenkäufen und Spekulationen können in der Krise nicht mehr realisiert werden. Investitionen in die Wirtschaft lohnen nicht mehr, die Rendite-Erwartungen sind durch die niedrige Profitrate so gering, dass nur noch Ersatzinvestitionen getätigt werden.

Das europäische Kapital hängt am Tropf der US-Konjunktur; nur durch einen Aufschwung in den Vereinigten Staaten würde die Erwartungshaltung steigen. Mit Bushs Feldzug ist jedoch kein Aufschwung in Sicht. Die Kriegs- und Rüstungskosten werden den US-Haushalt in immer stärkere Defizite treiben.

Die Agonie des Kapitalismus ist erreicht und das Geschacher um Positionen, ob

der Irak jetzt - wie Bush es will - von US-Militär oder - nach Chiracs und Schröders Dafürhalten - von Uno-Blauhelmen besetzt wird, ist nichts weiter als die Hoffnung als letzter im großen Endkampf unterzugehen.

# Schröder - der neue Brüning?

## Frontalangriff auf die Arbeiter

Ulrich Ragas

Nach der ersten Welle von Kürzungen legt die rot-grüne Bundesregierung gleich nach, mit der Einsetzung der Rürup-Kommission oder dem Strategiepapier aus dem Kanzleramt. Das deutsche Kapital fordert inzwischen die Zerschlagung des „Sozialstaates“. Kanzler Schröder spurt und bringt eine Reform nach der anderen auf den Weg, die einem Frontalangriff auf die Arbeiterschaft gleichkommt, der geschichtlich mit den Entwicklungen von 1914 bis 1923 und 1928 bis 1937 verglichen werden kann.

2002 wurden schon einige Kürzungen auf den Weg gebracht, die jetzt, im Jahr 2003, umgesetzt werden. Durchgesetzt wurde die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer, weiter ging es mit der Abschaffung der Steuerklasse zwei für Alleinerziehende, die ab 2004 komplett wegfallen wird. Dies bedeutet bis zu 200,- Euro pro Monat weniger in der Tasche der Alleinerziehenden.

Ebenfalls beschlossen ist der Raubbau am Gesundheitssystem. Ab 2003 wird das Krankenhauskosten-Pauschalssystem eingeführt. Der Vorstand des Verbandes der Krankenhäuser geht davon aus, dass viele Krankenhäuser schließen müssen und bis zu 50% der Arbeiter und Arbeiterinnen im Gesundheitssystem entlassen werden. Dabei ist zu beachten, dass das Gesundheitssystem der größte Arbeitgeber

in Deutschland ist und mit den massiven Kürzungen im Gesundheitssystem nicht nur die Leistungen für Kranke erheblich vermindert werden, sondern Tausende Lohnabhängige arbeitslos gemacht werden. Ulla Schmidt musste schon 2001 eingestehen, dass die Versorgung von chronischen Pflegefällen nicht mehr gesichert ist.

Mit der Umsetzung des Hartz-Programms wird die Arbeitslosenunterstützung von 20 Mrd. Euro auf 6,6 Mrd. Euro herunter gekürzt, während das Lohndumping mit Leiharbeitsfirmen und Ich-AGs gefördert wird. Abschaffung des eh schon ausgehöhlten Flächentarifs und das dramatische Sinken der Reallöhne werden die Folge sein.

Durch die wirtschaftliche Misere nimmt der Staat immer weniger Steuern ein und die steigende Arbeitslosigkeit belastet den Staatshaushalt immer stärker. Die Staatskasse, die Krankenkassen, die Arbeitslosen- und Rentenkassen in Deutschland sind leer, und die Finanzen der Kommunen befinden sich in einer katastrophalen Lage. Deswegen will der Berliner Senat unter der Führung von SPD und PDS den Berliner Staatsbeschäftigten den Lohn um 17% kürzen.

Solange der Weltwirtschaftsmotor USA nicht wieder anspringt, wird auch die

deutsche Wirtschaft keinen Aufschwung mehr erleben. Aber wegen des Krieges und der geringen Rendite-Aussichten legen die US-Investoren ihr Kapital nicht an, schrauben ihre Erwartungshaltung wegen des kriegsbedingten Nachfragerückgangs zurück und tätigen keine Ersatzinvestitionen, geschweige denn Erweiterungsinvestitionen. So sind die Importe in die USA, die im Jahr 2000 noch um 18% gestiegen waren, 2001 um 4,69% gesunken und im Jahr 2002 um weitere -11,58%. Das trifft das exportabhängige Deutschland besonders stark, und auch die Auftragseingänge bei der deutschen Industrie für das Jahr 2003 zeigen nach unten, weshalb für dieses Jahr schon Hunderttausende von Entlassungen ausgesprochen wurden.

Trotz der weltwirtschaftlichen Lage hat die Bush-Regierung angekündigt, ihren Rüstungshaushalt 2003 um 78,3 Mrd. US-Dollar auf 392 Milliarden aufzustocken und wird damit die Staatsverschuldung auf ein historisches Hoch treiben. Die Kosten eines Irak-Krieges schätzte Herr Blix derweil auf über 100 Milliarden Dollar. Der Krieg wird die Weltwirtschaft also noch weiter in die Krise reißen. Aber die US-Wirtschaft ist in einem Dilemma. Ohne die Kontrolle über die Ölströme ist sie nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt, und

### Wer war Brüning?

Nach dem ‚Schwarzen Freitag‘ an der New Yorker Börse im Oktober 1929 rutschte die Weltwirtschaft in eine tiefe Krise, die Arbeitslosenzahlen in Deutschland stiegen in kurzer Zeit rasant an, und das deutsche Kapital verlangte drastische Kürzungen bei der Arbeiterschaft. Im März 1930 versuchte der Reichskanzler Hermann Müller (SPD) eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung durchzusetzen, die SPD-Fraktion, die die Regierung führte, stimmte jedoch gegen den eigenen Kanzler. Müller musste zurücktreten, und Heinrich Brüning von der katholisch-konservativen Zentrumspartei konnte mit Duldung der SPD neuer Reichskanzler werden.

Den vom Kapital geforderten Sozialabbau setzte Brüning mit Notverordnungen durch und war so auf eine Zustimmung des Reichstags nicht mehr angewiesen. Durch die radikalen Kürzungen und das tatenlose Zusehen von SPD und Gewerkschaften wurde der Aufstieg der Nationalsozialisten entscheidend begünstigt. Unter der Regierung Brüning konnte die NSDAP ihre Stimmanteile von 2,6% auf 37,3% im Juli 1937 steigern.



mit dem Krieg und seinen Kosten stürzt die US-Wirtschaft immer weiter in die Tiefe.

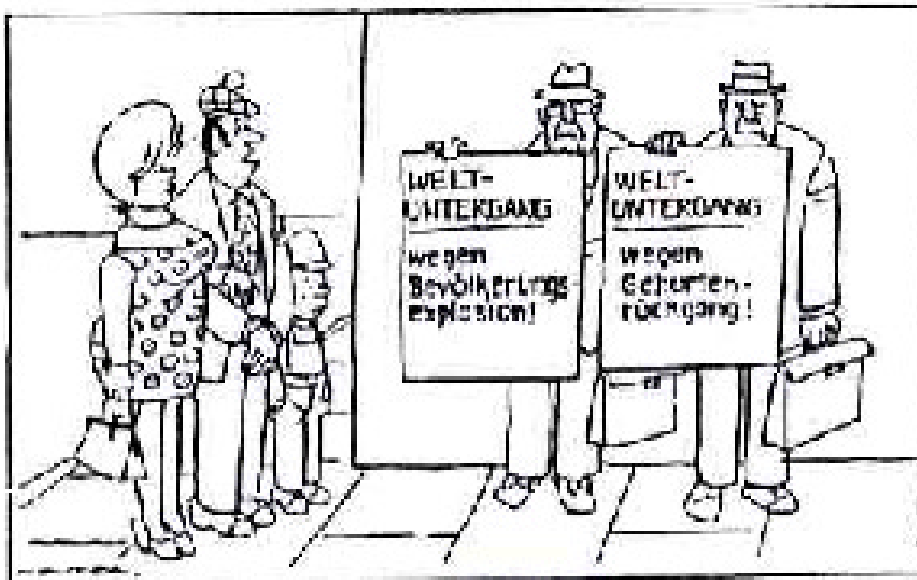
Das deutsche Kapital und seine Regierung weiß, was auf sie zukommt und hat bei ihren Kürzungsplänen für das Jahr 2003 nochmal nachgelegt. So plant die Rürup-Kommission, dass die Arbeitgeber sich an den Sozialleistungen nicht mehr beteiligen, sondern die Arbeitnehmer in Zukunft die Sozial- und Krankenversicherung allein tragen sollen, wobei diese Leistungen - besonders im Gesundheitssystem - auch noch massiv gestrichen werden sollen. Der Kündigungsschutz soll zudem gelockert und die Arbeitszeiten um zwei Stunden erhöht werden.

Das Jahr 2003 wird nach Meinung der Herrschenden zum „Jahr der Reformen“, wobei man unter Reformen bisher immer die Verbesserung der Lebenslage für die breite Masse verstanden hat. Diesmal verbessern die Reformen nur die Bedingungen für eine kleine Minderheit von Kapitalisten, die Perspektive für die Arbeiterklasse heißt mehrheitlich „Working Poor“.

Entweder werden die Massen wie 1918 in der Novemberrevolution zur Tat schreiten und dem Spuk ein Ende bereiten, um so dem Reich der Vernunft den Weg zu ebnen, oder die reaktionären Kräfte werden wie 1930 an Macht gewinnen und die Menschheit in die Barbarei stürzen. Die einzige Perspektive, die wir und unsere Kollegen haben, ist der Kampf gegen den Krieg und die Kürzungen in den Betrieben und auf der Straße, um dieses System mit seiner Konkurrenzlogik in die Knie zu zwingen und an seine Stelle ein System zu setzen, das nach den Gesetzen der Vernunft funktioniert.

# Das Märchen von der Überbevölkerung

Carsten Schmidt



„Wir können machen, was wir wollen, Maria - wir sind so oder so verloren!“  
(Quelle: Entwicklung + Zusammenarbeit, Nr. 6/1998)

„Überbevölkerung“, „Bevölkerungsexplosion“: Diese Wörter sind fast jedem geläufig. Und fast jeder meint zu wissen, dass die Armut auf der Welt und ganz besonders die Nahrungsmittel-Knappheit und der Hunger auf der südlichen Halbkugel dem Umstand geschuldet seien, dass es zu viele Menschen auf diesem Planeten gebe. Die Selbstverständlichkeit, mit der bürgerliche Journalisten oder Politiker dieses Erklärungsmuster jedes Mal aus der Tasche zaubern, wenn es gilt zu verstehen, wie alle vier Sekunden ein Kind auf dieser Welt verhungern kann, lässt viele Menschen glauben, dass diese Erklärung auch richtig sei und keines weiteren Beweises bedürfe.

Schließlich scheinen ja auch einige Regierungen der ‚Dritten Welt‘ der Meinung zu sein, das Elend in ihren Ländern resultiere aus einer zu großen Bevölkerung. So führte Sanjay Gandhi im indischen Delhi zwischen 1975 und 1977 ein Zwangssterilisations-Programm durch, und in China wird heute noch jede Familie einer Frau bestraft, die mehr als ein Kind zur Welt bringt.

Selbst die deutsche Gesundheits- und Familienministerin Ulla Schmidt zeigte sich am 16. November 2002 besorgt über die demografische Entwicklung der BRD.

Allerdings sah sie das Land nicht wegen eines rasanten Bevölkerungswachstums aus allen Nähten platzen. Im Gegenteil, sie befürchtete, dass die nachwachsende Bevölkerung in Deutschland nicht mal mehr zur einfachen Reproduktion reicht, was im Klartext heißt: Statistisch gesehen bringt ein Paar in seinem Leben nur noch 1,4 Kinder auf die Welt - die Bevölkerung dünnt aus. Das ist auch der Grund dafür, warum selbst konservative Politiker eine - wenn auch ‚kontrollierte‘ - Einwanderung fordern; schließlich sollen Rentenbeiträge und Sozialabgaben bezahlt werden, und im Kapitalismus wird dafür jedes einzelne Individuum haftbar gemacht und nicht das Kapital.

Trotzdem wird die Behauptung aufrecht erhalten: An Not, Elend und Hunger auf der Welt sei ein Zuviel der Menschen schuld.

Die nackten Zahlen allerdings sprechen eine völlig andere Sprache. Deutschland etwa beherbergt 231 Einwohner pro Quadratkilometer (km<sup>2</sup>), Großbritannien 248, Japan 337 und die Niederlande 388. Dem gegenüber haben Länder, die schwere Hungersnöte durchmachen mussten oder einfach nur arm sind, eine extrem niedrige Bevölkerungsdichte: In Äthiopien leben 60 Menschen auf einem



km<sup>2</sup>, in Paraguay sogar nur 15, im Sudan 13, in Somalia 12, im westafrikanischen Mali 9, im südamerikanischen Bolivien 8 und im zentralafrikanischen Tschad 7.<sup>1</sup>

Das allerdings sind die Extreme. Betrachtet man die Länder mit einem Bruttosozialprodukt von unter 1.000,- US-Dollar pro Kopf, dann kommen wir auf eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 65,5 Einwohnern pro km<sup>2</sup>, während die Länder mit einem Bruttosozialprodukt von über 20.000,- US-Dollar auf eine Dichte von 120,8 Einwohner auf derselben Fläche kommen. Und dabei sind das Fürstentum Monaco (mit 15.000 Einwohnern pro km<sup>2</sup>) und Singapur (6.149) nicht einmal berücksichtigt. Das Verhältnis ist also klar: Die Elendsregionen dieses Planeten beherbergen nicht etwa doppelt, sondern nur halb so viele Menschen wie die reichsten Staaten. Schuld an Armut und Hunger kann damit nicht die Vielzahl der dort lebenden Menschen sein.

Und noch etwas: Der Schnitt der Bevölkerungsdichte in den reichen Ländern wird von sieben Ausnahmen weit nach unten gedrückt; diese Ausnahmen sind die USA (29 Einwohner pro km<sup>2</sup>), Schweden (20), Finnland (15), Norwegen (14), Australien (3), Kanada (3) und Island (3).<sup>2</sup> Insbesondere der nordamerikanische und der australische Kontinent sind für uns von großem Interesse. In nennenswertem Umfang sind sie erst im Laufe der Neuzeit besiedelt worden - und während die Menschen der Natur wie auch den Ureinwohnern das Land entrissen, bereitete sich allmählich der Durchbruch zur Massenproduktion und die Industrialisierung der Landwirtschaft vor.

Bis dahin und auch noch darüber hinaus war die überwältigende Mehrheit der Menschen so arm und ihre Versorgung damit so schlecht, dass ihre Lebenserwartung selten 40 Jahre überstieg. Während im Lauf der Neuzeit noch viele Kinder gezeugt wurden, die möglichst früh arbeiten sollten, um die Familie zu ernähren und später die Alten zu versorgen, wurde die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft später durch immer neue Maschinen und Geräte so groß, dass der ökonomische Zwang zur Großfamilie verschwand. In der Regel reichte ein arbeitendes Ehepaar, um sich - und vielleicht auch noch ein Kind - am Leben zu erhalten; auch für die Altersvorsorge konnte es selbst aufkommen.

Die Menschen hörten auf, so viele Babies wie möglich auf die Welt ‚zu werfen‘. In Europa kam dieses Entwicklungsstadium erst zum Durchbruch, als

der Kontinent bereits in höchstem Maß erschlossen und besiedelt war, in Amerika und Australien war es soweit, noch lange bevor jeder Winkel der beiden Kontinente von Menschen bewohnt wurde.

Als Kolumbus 1492 vor der amerikanischen Küste vor Anker ging, lebten nach Schätzungen des Historikers Denevan 4 Mio. Indianer auf dem nordamerikanischen Kontinent.<sup>3</sup> Heute ernährt das US-amerikanische und kanadische Land 286 Mio. Menschen, die sogar noch einen großen Teil ihrer Nahrungsmittel-Produktion exportieren. Der Unterschied sollte klar sein: Nicht mehr durch Jagen und Sammeln dessen, was in der Natur vorgefunden wurde, ernährten sich die Menschen; sie produzierten ihre Nahrung selbst.

Daraus ergibt sich eine heute allgemein gültige Aussage: Jede zusätzliche geborene Person ist nicht nur ein weiterer hungernder Mund, der gefüttert werden muss, sondern auch eine Arbeitskraft, die u.a. Lebensmittel produzieren kann. Es müsste also keinen Hunger auf der Welt geben.

Und trotzdem führte dieser Umstand keineswegs zu einer ‚hemmungslosen‘ Vermehrung der Bevölkerung. Im Gegenteil, großes Bevölkerungswachstum war oftmals das Resultat der Politik, die die herrschende Klasse betrieb. So war etwa die Verfolgung und die massenhafte Ermordung von ‚Hexen‘ zu Beginn der europäischen Neuzeit nicht das Produkt eines hysterischen Wahns einzelner Staats- und Kirchenmänner, sondern ist von Klerus und Adel aus politischem Kalkül vollzogen worden - um mit den getöteten Frauen auch das alte Volkswissen über Geburtenkontrolle auszurotten, das von den vorrangig als Hexen verdächtigten Hebammen gehütet und weitergegeben wurde. Durch die gewaltsame Tilgung des Verhütungswissens sollten die Frauen dazu gebracht werden, mehr Kinder zu gebären und aufzuziehen, als sie für den Erhalt ihrer Familie brauchten. Der Staat holte sich mit seiner Politik der Folter und der Scheiterhaufen die künftigen Soldaten und Arbeitskräfte, auf die er angewiesen war.<sup>4</sup>

Warum aber ist die Überbevölkerungs-These heute immer noch so weit verbreitet, warum glauben ihr so viele Leute, wo sie doch ganz offenkundig falsch ist?

Sie ist so populär, weil die Herrschenden mit ihr von den wahren Problemen ablenken können. Die ‚Dritte Welt‘ mit ihren Bodenschätzen, billigen Arbeitskräften usw. ist eine heiß umkämpfte Beute der Industriestaaten. Deshalb geben die Regierungen in den armen Ländern sehr

viel mehr Geld für Rüstung aus als für Lebensmittel oder die Förderung der Landwirtschaft.

Die Überbevölkerungs-Ideologie lenkt davon ab, dass die Landwirtschaft der ‚Dritten Welt‘ von der ‚Ersten‘ zerstört worden ist. Der Bund der Industrieländer predigt den armen Ländern den Neoliberalismus und übt mit seinen Institutionen Weltbank und Weltwährungsfonds (wenn nicht sogar militärisch) so viel Druck aus, dass ihre Grenzen für seine Waren offen bleiben. Doch der Liberalismus, der den unterdrückten Ländern aufgezwungen wird, gilt nicht für die Industriestaaten: Dritte-Welt-Importe werden mit Einfuhrzöllen besteuert, die sogar höher sein können als die Einnahmen im Herstellungsland. Aber die äußerst teuer hergestellten Landwirtschaftsprodukte, die aus der ‚Ersten‘ in die ‚Dritte Welt‘ exportiert werden, sind durch staatliche Subventionen - also durch unsere Steuer-gelder - so billig gemacht worden, dass sie die gesamte Landwirtschaft in den armen Ländern in den Ruin gerissen und zerstört haben.

Und die Überbevölkerungslüge lenkt davon ab, dass die Lebensmittel-Produkte der imperialistischen Staaten kaum noch verkauft werden können. Während jeden Tag etwa 21.000 Kinder verhungern, wachsen die Obst-, Gemüse-, Fleisch- und Butterberge wie die Milchseen der Industrieländer, die man lieber verfaulen und verschimmeln lässt, als die Welt von der Geißel des Hungers zu erlösen; man würde sich ja die Preise kaputt machen. Wenn diese Nahrungsmittel doch hin und wieder den Weg in ein hungerndes Land finden, dann meist, weil die Regierung des Landes vom liefernden Imperialisten zu einer politischen Entscheidung erpresst worden ist - mit der Weizenwaffe.

Das Gerede von der Überbevölkerung ist also nur eine weitere Lüge aus der Märchenkiste der herrschenden Klasse, mit denen sie von ihrem verrottenden Ausbeutungssystem ablenken will. Es ist vergleichbar mit anderen Mythen, die in Umlauf gesetzt werden, um den Opfern die Schuld an ihrer Situation zu geben und das unmenschliche System freizusprechen, z.B. der Mythos von den Arbeitslosen, die wegen ihrer Faulheit keinen Job hätten, von Frauen, die wegen ihrer aufreizenden Kleidung vergewaltigt würden oder von Armen, die kein Geld mehr hätten, weil sie zu lange dem Konsumrausch gefrönt haben.

Aus all dem ergibt sich: Weder Hunger noch Armut sind biologischen oder

demografischen Ursprungs; der Grund für das Elend auf der Welt und die Ungerechtigkeit in der Verteilung der Güter liegt in der Gesellschaftsform. Und weil die Menschen selbst ihre Gesellschaft organisieren, können sie sie auch umbauen und so Not und Elend beseitigen.

Einer sozialen Umorganisation würden sich natürlich diejenigen widersetzen, die von den heute vorherrschenden Gesellschaftsstrukturen profitieren. Das sind diejenigen, die die Produktionsmittel kontrollieren und so den Rest der Bevölkerung zwingen können, für sie zu arbeiten. Es sind diejenigen, die sich starker Staaten bedienen, um die Dritte Welt nach ihrem Gusto auszuplündern. Und es sind diejenigen, denen wir selbstverständlich nicht mit Geburtenkontrollen beikommen können, sondern nur mit einer Revolution, in der die Lohnabhängigen die Produktionsmittel für die eroberten, denen sie zustehen - einer Arbeiterklasse, die sich weltweit solidarisch vereinigt hat und nicht mehr nach Gesichtspunkten des Profits produziert, sondern nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten eines jeden.

Und genau diese Alternative ist es, gegen die die Überbevölkerungs-Ideologen sich richten. Der Erfinder der Überbevölkerung, der englische Geistliche Thomas Robert Malthus (1766-1834), richtete seine Gedanken zur Bevölkerungsentwicklung ausdrücklich als Streitschrift<sup>5</sup> gegen William Goodwin, einen der Gründerväter des Anarchismus. Der war Anhänger der Französischen Revolution und erklärter Gegner vom Staat und seinen Zwangsinstitutionen, wie der Familie, die die Entfaltung der menschlichen Vernunft behinderten. Goodwin meinte, ohne diese Einrichtungen wüssten die Menschen es einzurichten, ihr Bevölkerungswachstum den verfügbaren Ressourcen entsprechend zu gestalten und eine Überlastung der irdischen Rohstoffe zu vermeiden. Kurz gesagt, seine Kritik bewegte sich zwar in die richtige Richtung, er machte in seiner verengten Sichtweise aber allein den Staat für das menschliche Elend verantwortlich und forderte seine Beseitigung.

Malthus hingegen verteidigte sowohl den Staat als auch die herrschende Ordnung insgesamt und behauptete, natürliche Faktoren würden Hunger erzeugen: Die Bevölkerung wachse schneller als die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln - das verstand er als Naturgesetz (das er allerdings nicht aus empirischen Daten ableitete, sondern aus Spielereien mit mathematischen Formeln); und so waren Hungerkatastrophen für

ihn immer vorprogrammiert. Diese Katastrophen waren für ihn „positive Korrekturen“, die durch zahlreiche Todesopfer die Zahl der Menschen wieder den verfügbaren Ressourcen anpassten. Die Linderung von Armut und Elend durch Fürsorge und soziale Unterstützung lehnte Malthus strikt ab - ihm zufolge leisteten sie nur einer schneller wachsenden Überbevölkerung Vorschub.

Malthus ‚Theorie‘ war also reaktionär und diente nur dazu, das Elend der Arbeiter und der Unterschichten im Kapitalismus als Naturgesetz zu rechtfertigen und jeden Verteilungskampf als aussichtsloses Übel zu verdammen.

Seitdem hat die Überbevölkerungs-Lüge auch weiterhin viel Elend angerichtet. Neben einigen rechten Stammtischen, die meinen, man solle die Menschen in der ‚Dritten Welt‘ ruhig verhungern lassen, da es ja eh zu viele Menschen auf der Erde gebe, hat sie auch den Nationalsozialisten ideologische Munition geliefert.

Für die hohe Arbeitslosigkeit, die die kapitalistische Wirtschaft weltweit hervorgerufen hatte, machten sie den Bevölkerungsüberschuss an Polen und Juden im ‚Reich‘ verantwortlich - ein Reich, das sie im übrigen erst noch erobern mussten. Geplant hatten die Nazis zunächst, die Menschen jüdischen Glaubens (für sie eine ‚Rasse‘) nach Madagaskar zu deportieren, während die Polen als Arbeiter zweiter Klasse bzw. als Sklaven gehalten werden sollten. Der Verlauf des Seekrieges machte der Reichsregierung 1941 einen Strich durch diese Rechnung, Madagaskar war für die deutsche Marine unerreichbar geworden. Da aber sämtliche Behörden bei ihren Plänen schon vom ‚Verschwinden‘ der Juden ausgegangen waren und diese Pläne auch nicht ändern wollten, wurde der Massenmord in Angriff genommen; die Nazis begannen den Holocaust.

Trotzdem musste selbst der skrupelloseste Rassist die Widersprüchlichkeit eines solchen Vorgehens erkennen. Natürlich lassen sich Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und sogar Parkplatzmangel durch Massenmorde bekämpfen. Nur, die kapitalistische Rationalisierung wird weitergehen. Arbeitsplätze werden vernichtet, und wenn es keine Juden mehr gibt, keine Polen und keine Türken, dann ist die Reihe auch an den Rassisten. Vielleicht trifft es zuerst die Minderheiten, aber letztendlich gilt es sich zu entscheiden: Opfern wir einem System, das unsere grundlegendsten Bedürfnisse nicht mehr erfüllen kann, immer mehr Menschen? Oder geben wir zugunsten einer Mensch-

heit, die längst schon in der Lage ist, im Überfluss und friedlich miteinander zu leben, das System auf, das uns alle zu vernichten droht?

## Fußnoten

- 1 Alle Zahlen nach: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, DSW-Datenreport 2002: Soziale und demografische Daten zur Weltbev., Hannover 2002; im Internet: [www.weltbevölkerung.de](http://www.weltbevölkerung.de)  
Unterstützt wurde die Studie vom Geschäftsbereich Food Additives (Nahrungsmittel-Zusätze) der Degussa AG. Da die Lebensmittel-Chemie auch von der Überbevölkerungsthese lebt, sind die Zahlen - sollten sie ‚geschönt‘ sein -, höchstens verändert worden, um die These zu beweisen und nicht, um sie zu widerlegen.
- 2 Weite Teile der nordeuropäischen Länder wie auch Kanadas macht das rauhe Klima nahezu unbewohnbar. Die verbleibenden 16 Länder mit einem BSP von je über 20.000,- US-Dollar hätten eine Bevölkerungsdichte von 168 Einwohnern pro km<sup>2</sup>.
- 3 W. Denevan (Hg.), The Native Population of the Americas in 1492, Madison 1976, S. 3 und 291
- 4 Siehe: Heinsohn, Gunnar und Otto Steiger, Die Vernichtung der weisen Frauen, Herbstein 1985
- 5 T.R. Malthus, An Essay on the Principal of Population as it effects the Future Improvement of Society

# Trotzki: Lenin und der imperialistische Krieg

Dokument

*Dieser Artikel wurde von Trotzki am 30. Dezember 1938 in Coyoacan, Mexiko geschrieben. Er erschien im russischen ‚Biulleten Oppozitsii‘ und im Januar 1942 in der englischen Zeitschrift ‚Fourth International‘.*

„Es war in der Geschichte bis jetzt immer der Fall“, schrieb Lenin 1916, „dass nach dem Tod von unter den Massen populären revolutionären Führern deren Feinde versuchen, ihre Namen zu übernehmen, um die unterdrückten Klassen zu betrügen“.

Mit keinem anderen hat die Geschichte diesen Vorgang so grausam vollbracht als mit Lenin selbst. Die gegenwärtige offizielle Doktrin des Kreml und die Politik der Komintern zur Frage von Imperialismus und Krieg setzen sich rücksichtslos über Lenins Schlussfolgerungen, auf die er die Partei in der Zeit von 1914 bis 1918 brachte, hinweg.

Mit dem Ausbruch des Krieges im August 1914 war die erste Frage, die sich stellte, folgende: Sollten die Sozialisten der imperialistischen Länder die „Verteidigung des Vaterlandes“ übernehmen? Der Streitpunkt war nicht der, ob sich Sozialisten individuell der Einberufung widersetzen sollten oder nicht - da gab es keine andere Alternative; Desertieren ist keine revolutionäre Politik. Die Streitfrage war die: Sollten sozialistische Parteien die Kriegspolitik unterstützen, für das Kriegsbudget stimmen? Sollten sie dem Kampf gegen die Regierung entsagen und für die „Verteidigung des Vaterlandes“ agitieren? Die Antwort Lenins war NEIN!

Die Partei darf nicht so handeln, sie hat nicht deswegen kein Recht dazu, weil es um einen Krieg geht, sondern weil dies ein reaktionärer Krieg ist, weil es ein erbitterter Kampf zwischen Sklavenbesitzern um die Neuaufteilung der Welt ist.

Die Formierung der Nationalstaaten auf dem europäischen Kontinent beanspruchte eine vollständige Epoche, die ungefähr mit der großen Französischen Revolution begann und mit dem französisch-preußischen Krieg abgeschlossen wurde.

Während dieser dramatischen Jahrzehnte hatten diese Kriege vorwiegend nationalen Charakter. Kriege wurden für

nationale Kriege politisch unterstützen.

Von 1871 bis 1914 erlebte der europäische Kapitalismus auf der Basis der Nationalstaaten nicht nur eine Blüte, er überlebte sich auch selbst, indem er zum Monopol- oder imperialistischen Kapitalismus wurde. „Der Imperialismus ist jenes Stadium des Kapitalismus, wo letzterer, nachdem er alles in seiner Macht Stehende erfüllt hat, zu verfaulen beginnt“.

Die Ursache für den Verfall liegt darin, dass die Produktivkräfte durch das System des Privateigentums ebenso wie durch die Grenzen des Nationalstaates gefesselt sind. Der Imperialismus sucht die Welt zu teilen und neu aufzuteilen. Anstelle der nationalen Kriege treten die imperialistischen. Sie sind völlig reaktionärer Natur und Ausdruck der Stagnation und Fäulnis des Monopolkapitals.

Die Welt ist jedoch nach wie vor sehr verschieden. Der unterdrückende Imperialismus der fortgeschrittenen Nationen kann nur deshalb existieren, weil rückständige Nationen, unterdrückte Nationalitäten, koloniale und halbkoloniale Länder auf unserem Planeten weiterbestehen. Der Kampf der unterdrückten Völker für nationale Vereinigung und Unabhängigkeit ist doppelt fortschrittlich, denn einerseits bereitet er günstigere Bedingungen für ihre eigene Entwicklung vor, während er andererseits dem Imperialismus Schläge erteilt. Das im besonderen ist der Grund, warum die Sozialisten im Kampf zwischen einer zivilisierten imperialistischen demokratischen Republik und einer rückständigen

die Errichtung oder Verteidigung von Nationalstaaten, die für die Entwicklung der Produktivkräfte und der Kultur notwendig waren, geführt und besaßen in dieser Periode einen grundlegend fortschrittlichen Charakter. Revolutionäre konnten nicht nur, sondern mussten

barbarischen Monarchie eines kolonialen Landes trotz seiner Monarchie zur Gänze auf der Seite des unterdrückten Landes und gegen das Unterdrückerland stehen, ungeachtet seiner „Demokratie“.

Der Imperialismus tarnt seine ihm eigenen Ziele - Besitzergreifung von Kolonien, Märkten, Rohstoffquellen, Einflussphären - mit solchen Ideen wie der „Sicherung des Friedens gegen die Aggressoren“, der „Verteidigung des Vaterlandes“, der „Verteidigung der Demokratie“ usw. Diese Ideen sind durch und durch falsch. Es ist die Pflicht eines jeden Sozialisten, sie nicht nur nicht zu unterstützen, sondern im Gegenteil sie vor dem Volke zu demaskieren. „Die Frage, welche Gruppe den ersten militärischen Schlag geführt oder als erste den Krieg erklärt hat“, schrieb Lenin im März 1915, „ist bei der Festlegung der Taktik der Sozialisten ohne jede Bedeutung. Die Phrasen von der Verteidigung des Vaterlandes, von der Abwehr eines feindlichen Überfalls, vom Defensivkrieg usw. sind auf beiden Seiten reiner Volksbetrug“. „Für Jahrzehnte“, erklärte Lenin, „haben sich drei Banditen (die Bourgeoisien und Regierungen Englands, Russlands und Frankreichs) bewaffnet, um Deutschland zu plündern. Ist es überraschend, dass die zwei Banditen (Deutschland und Österreich-Ungarn) eine Attacke begannen, bevor es den dreien gelang, die neuen Messer zu gebrauchen, die sie bestellt hatten?“.

Die objektiv historische Bedeutung des Krieges ist von entscheidender Wichtigkeit für das Proletariat: Welche Klasse führt ihn mit welchem Ziel? Das ist ausschlaggebend und nicht die Ausflüchte der Diplomatie, vermittels derer der Feind immer erfolgreich als Aggressor dargestellt werden kann. Genauo verlogen sind die Hinweise der Imperialisten auf die Lösungen von Demokratie und Kultur. „die deutsche Bourgeoisie ... betrügt die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen, indem sie behauptet, sie führe den Krieg, um die Heimat, die Freiheit und die Kultur zu verteidigen, um die vom Zarismus unterdrückten Völker zu befreien und um den reaktionären Zarismus zu vernichten. ... die englische und französische Bourgeoisie ... betrügt ... die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen, indem sie behauptet, sie führe den Krieg, um die Heimat, die Freiheit und die Kultur gegen den deutschen Militarismus und Despotismus zu verteidigen.“ Die verschiedenen Arten des politischen Überbaus können nicht die

reaktionären Ökonomischen Grundlagen des Imperialismus verändern. Im Gegenteil, es ist die Basis, die sich den Überbau unterordnet. „In unseren Tagen ... ist es sogar dumm, an eine fortschrittliche Bourgeoisie, an eine fortschrittliche bürgerliche Bewegung zu denken. Jegliche bürgerliche ‚Demokratie‘ ... ist reaktionär geworden“. Diese Einschätzung der imperialistischen „Demokratie“ bildet den Eckstein der gesamten Leninschen Konzeption.

Da der Krieg also von beiden imperialistischen Lagern nicht für die Verteidigung des Vaterlandes und der Demokratie, sondern für die Neuaufteilung der Welt und die koloniale Unterjochung geführt wird, hat ein Sozialist kein Recht, ein verbrecherisches Lager dem anderen vorzuziehen. Absolut vergeblich ist jeder Versuch, „vom Standpunkt des internationalen Proletariats“ zu bestimmen, „die Niederlage welcher der beiden Gruppen von kriegsführenden Nationen das kleinere Übel für den Sozialismus wäre“.

Schon in den ersten Tagen des September 1914 hat Lenin das Wesen des Krieges für jedes der imperialistischen Länder und für alle Gruppierungen wie folgt charakterisiert: „Kampf um die Märkte und Raub fremder Länder, das Bestreben, die revolutionäre Bewegung des Proletariats und der Demokratie im Innern der Länder zu unterbinden, das Bestreben, die Proletarier aller Länder zu übertölpeln, zu entzweien und abzuschlachten, indem man im Interesse der Bourgeoisie die Lohnsklaven der einen Nation gegen die Lohnsklaven der anderen Nation hetzt - das ist der einzige reale Inhalt, die einzige reale Bedeutung des Krieges.“ Wie weit entfernt ist all das von der jetzigen Doktrin Stalins, Dimitroffs und Co.!

Die Politik der „nationalen Einheit“ während des Krieges bedeutet, sogar mehr noch als in Friedenszeiten, die Unterstützung der Reaktion und die Fortführung der imperialistischen Barbarei. Eine solche Unterstützung zu verweigern - die elementare Pflicht eines Sozialisten - ist jedoch nur die negative oder passive Seite des Internationalismus. Das alleine ist nicht genug. Die Aufgabe der Partei des Proletariats ist „allseitige, sowohl unter den Truppen als auch auf den Kriegsschauplätzen zu treibende Propaganda für die sozialistische Revolution und für das Gebot, die Waffen nicht gegen die eigenen Brüder, die Lohnsklaven anderer Länder zu richten,

sondern gegen die reaktionären und bürgerlichen Regierungen und Parteien in allen Ländern. Es ist unbedingt notwendig, für eine solche Propaganda in allen Sprachen illegale Zellen und Gruppen in den Armeen aller Nationen zu organisieren. Gegen den Chauvinismus und ‚Patriotismus‘ der Kleinbürger und Bourgeois ist in ausnahmslos allen Ländern ein schonungsloser Kampf zu führen“.

Aber ein revolutionärer Kampf in Kriegszeiten kann zur Niederlage der eigenen Regierung führen. Diese Schlussfolgerung schreckte Lenin nicht. „In jedem Land darf der Kampf gegen die eigene Regierung, welche einen imperialistischen Krieg führt, nicht vor der revolutionären Agitation für die Niederlage dieses Landes zurückschrecken“. Das ist genau das, was die Linie des „Defaitismus“ beinhaltet. Skrupellose Gegner haben versucht, dies dahingehend zu interpretieren, dass Lenin angeblich die Kollaboration mit anderen Imperialismen guthieß, um die nationale Reaktion zu besiegen. Tatsächlich war das, von dem er sprach, ein paralleler Kampf der Arbeiter aller Länder gegen ihren eigenen Imperialismus, als ihren primären und nächsten Feind. „Vom Standpunkt der Interessen der arbeitenden Massen und der Arbeiterklasse Russlands aus betrachtet“, schrieb Lenin im Oktober 1914 an Schljapnikow, „kann es nicht den leisesten Zweifel geben - kann es absolut nicht den leisesten Zweifel irgendeiner Art geben - dass jetzt das geringere Übel die unverzügerte Niederlage des Zarismus wäre“.

Es ist unmöglich, gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, wenn man nach der Art der Pazifisten nach Frieden jammert. „Pazifismus und abstrakte Friedenspredigt sind eine Form der Irreführung der Arbeiterklasse. Im Kapitalismus, und besonders in seinem imperialistischen Stadium, sind Kriege unvermeidlich“.

Ein von Imperialisten geschlossener Friede würde nur eine Atempause vor einem neuerlichen Krieg sein. Nur ein revolutionärer Massenkampf gegen Krieg und Imperialismus, den der Krieg hervorbringt, kann einen wirklichen Frieden sichern. „Ohne eine Anzahl von Revolutionen ist der sogenannte demokratische Frieden eine kleinbürgerliche Utopie.“

Der Kampf gegen die einschläfernden und schwächenden Illusionen des Pazifismus findet Eingang in die Leninsche Doktrin als ihr wichtigstes Element. Er



wies mit besonderer Feindseligkeit die Forderung nach „Abrüstung als offensichtlich utopisch unter kapitalistischen Verhältnissen“ zurück. „Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden“.

Und weiter: „Unsere Losung muss lauten: Bewaffnung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. ...Erst nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, alle Waffen zum alten Eisen werfen“.

Dies führt zu dem Schluss, den Lenin in Dutzenden von Artikeln zieht: „Die Losung ‚Friede‘ ist falsch. Die Losung muss sein, den nationalen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln“.

Die meisten Arbeiterparteien in den fortgeschrittenen Ländern wechselten auf die Seite ihrer betreffenden Bourgeoisien hinüber. Lenin bezeichnete diese Tendenz als Sozialchauvinismus: Sozialismus in Worten, Chauvinismus in Taten. Der Verrat am Internationalismus fiel nicht vom Himmel, sondern kam als unvermeidliche Fortsetzung und Entwicklung der Politik reformistischer Anpassung. Der ideologisch politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist ein und derselbe: Zusammenarbeit der Klassen statt Klassenkampf, Verzicht auf revolutionäre Kampfmittel, Unterstützung der ‚eigenen‘ Regierung in einer für sie schwierigen Lage statt Ausnutzung dieser Schwierigkeiten für die Revolution.

Die Periode der kapitalistischen Prosperität unmittelbar vor dem letzten Krieg - von 1909 bis 1913 - verband die oberen Schichten des Proletariats sehr eng mit dem Imperialismus. Von den Superprofiten, die die imperialistische Bourgeoisie im allgemeinen aus den Kolonien und den rückständigen Ländern erzielte, fielen saftige Brosamen auf die Arbeiteraristokratie und -bürokratie. In der Konsequenz wurde ihr Patriotismus durch direktes Eigeninteresse an der Politik des Imperialismus diktiert. Während des Krieges, der alle gesellschaftlichen Verhältnisse bloßlegte, entspringt „die ungeheure Kraft des Opportunisten und Chauvinisten ihrem Bündnis mit der Bourgeoisie, den Regierenden und Generalstäben.“

Die mittlere und vielleicht breiteste Tendenz im Sozialismus ist das sogenannte Zentrum (Kautsky und andere), das in

Friedenszeiten zwischen Reformismus und Marxismus schwankte und, während es fortfuhr, sich in breiten pazifistischen Phrasen einzuhüllen, fast ausnahmslos Gefangener der Sozialchauvinisten wurde. Was die Massen betraf, so wurden sie von ihren eigenen Apparaten, die sie sich im Laufe von Jahrzehnten geschaffen hatten, vollkommen im Stich gelassen und betrogen. Nachdem Lenin eine soziologische und politische Einschätzung der Arbeiterbürokratie der II. Internationale machte, blieb er nicht auf halbem Wege stehen. „Einheit mit Opportunisten ist die Allianz der Arbeiter mit ihrer ‚eigenen‘ nationalen Bourgeoisie und kennzeichnet eine Spaltung in den Reihen der internationalen revolutionären Arbeiterschicht...“ Daraus entspringt die Folgerung, dass Internationalisten mit den Sozialchauvinisten brechen müssen.

„Es ist unmöglich, die Aufgaben des Sozialismus in der jetzigen Zeit zu erfüllen, es ist unmöglich, eine wirklich internationale Vereinigung der Arbeiter zustande zu bringen, ohne entschieden mit dem Opportunismus zu brechen...“ und ebenso mit dem Zentrismus, „dieser bürgerlichen Tendenz im Sozialismus“. Der ursprüngliche Name der Partei muss geändert werden. „Ist es nicht besser, den beschmutzten und degenerierten Namen der ‚Sozialdemokraten‘ zu werfen und zum alten marxistischen Namen der Kommunisten zurückzukehren?“ Es ist Zeit, mit der Zweiten Internationale zu brechen und die Dritte aufzubauen.

Was hat sich in den etwas mehr als zwanzig Jahren, die seitdem verstrichen sind, geändert? Der Imperialismus hat einen noch gewalttätigeren und repressiveren Charakter angenommen. Sein konsequentester Ausdruck ist der Faschismus. Die imperialistischen Demokratien sind mehrere Stufen tiefer gefallen und entwickeln sich natürlich und organisch zum Faschismus. Die koloniale Unterdrückung wird immer unerträglicher, je stärker das Erwachen der unterdrückten Nationalitäten und ihr Drang nach nationaler Unabhängigkeit ist. Mit anderen Worten: All jene Wesenszüge, die in die Grundlagen der Leninschen Theorie des imperialistischen Krieges eingebettet waren, haben einen noch schärferen und anschaulicheren Charakter angenommen.

Sicherlich, kommunistische Chauvinisten beziehen sich auf die Existenz der UdSSR, die angeblich einen vollständigen Wendepunkt in der Politik des Proletariats einleitet. Dazu können wir folgende Antwort geben: Bevor die UdSSR ent-

stand, haben unterdrückte Nationen, Kolonien usw. existiert, deren Kämpfe auch verdienten, unterstützt zu werden. Wenn revolutionäre und fortschrittliche Bewegungen außerhalb der Grenzen des eigenen Landes unterstützt werden könnten, indem die eigene Bourgeoisie unterstützt wird, dann wäre die Politik des Sozialpatriotismus prinzipiell korrekt gewesen. Es hätte dann auch keinen Grund für die Gründung der Dritten Internationale gegeben. Das ist die eine Seite des Falls, aber es gibt noch eine andere. Die UdSSR existiert nun seit 22 Jahren. Siebzehn Jahre lang blieben die Prinzipien Lenins in Kraft. Kommunistisch-chauvinistische Politik nahm ihre Gestalt erst vor 4 bis 5 Jahren an. Das Argument von der Existenz der UdSSR ist daher nur ein falscher Deckmantel. Wenn Lenin vor 25 Jahren die Desertion der Sozialisten auf die Seite ihrer nationalen Imperialismen unter dem Vorwand der Verteidigung von Kultur und Demokratie als Sozialchauvinismus und Sozialverrat brandmarkte, dann ist vom leninistischen Standpunkt aus gesehen genau dieselbe Politik heutzutage mehr als kriminell. Es ist nicht schwer zu erraten, wie Lenin die heutigen Führer der Komintern bezeichnet haben würde, die all die Sophistereien der Zweiten Internationale unter den Bedingungen einer weit grundlegenden Zersetzung der kapitalistischen Zivilisation wiederaufleben haben lassen.

Es ist böseartig paradox, dass die erbärmlichen Epigonen der Komintern, die ihr Banner in einen schmutzigen Fetzen verwandelt haben, mit dem sie die Spuren der Kremloligarchie verwischen, jene „Renegaten“ nennen, die den Lehren der Gründer der Kommunistischen Internationale treu geblieben sind. Lenin hatte recht: Die herrschenden Klassen verfolgen große Revolutionäre nicht nur zu ihren Lebenszeiten, sondern rächen sich noch nach deren Tod an ihnen mit weit raffinierteren Methoden, indem sie versuchen, sie in Heilige zu verwandeln, deren Mission es ist, „Recht und Ordnung“ zu behüten. Niemand ist natürlich gezwungen, sich auf die Grundlagen der Lehren Lenins zu stellen. Aber wir, seine Schüler, werden es niemandem gestatten, seine Lehren zu verhöhnern und sie in ihr Gegenteil zu verkehren!





# Das Spiel ist aus!

★ NORBERT NELTE

Bush hatte mit seiner Aussage natürlich seinen Widersacher Saddam Hussein gemeint. Er wird aber feststellen müssen, das sein Schuss nach hinten losgehen wird.

Wir gehen davon aus, dass es im dritten Weltkrieg ums Öl und letztlich um die Vorherrschaft gegen China zu massenhaften sozialen Kürzungen kommen wird, da unsere Rüstungskapitalismus-Theorie nicht greifen wird.

Die Rüstungskapitalismus-Theorie, die von Mike Kidron in der SWP entwickelt wurde, besagt, dass Kriegsausgaben unter bestimmten Bedingungen zu einem Boom und zu einer Abschwächung des Falls der Profitrate führen.

Die wesentlichste Bedingung ist die, dass eine Belastung des Etats mit Militärausgaben gleichzeitig in allen wichtigen Ländern geschieht. Das reformistische Stockholmer SIPRI-Friedensforschungs-Institut meint zwar, dass man auch einen wirtschaftlichen Boom fördern kann mit der Schuldenaufnahme für den Bau von Krankenhäusern. Hier irrt es sich aber, da die entscheidende Voraussetzung des Geschehens gleichzeitig in allen wichtigen Ländern nicht gegeben ist, da ein Land mit dem Bau von Krankenhäusern die Konkurrenten-Metropolen nicht zwingt, ebenfalls Krankenhäuser zu bauen. Nur mit Bomben zwingt ein Land das andere, das es mit diesen Bomben angreift, auch zu gleichem Verhalten. Es muss also möglichst die gesamte imperialistische Welt untereinander im Rüstungswettlauf eines Krieges verwickelt sein.

Die Gleichzeitigkeit ist deshalb notwendig, da, wenn nur ein Land mit Militärausgaben belastet wäre, nur dessen Kapitalisten mit zusätzlichen Steuern belastet und sie dann nicht mehr auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Nur wenn international alle wichtigen Kapitalisten mit Sondersteuern belastet werden, würde ein nationales Kapital nicht benachteiligt sein.

Im 2. Weltkrieg zum Beispiel führte der gemeinsame Rüstungswettlauf in den USA dazu, dass in den Jahren 1937 bis 1942 die Löhne um 70% stiegen und die Profite gar um 400%<sup>1</sup>. Der Korea-Krieg 1953 führte sogar in den Ländern, die nicht in den Korea Krieg verwickelt waren wie Deutschland und Japan zu großen Booms. Dieser Krieg machte sogar das Wirtschaftwunder erst möglich.

Diese Bedingung ist diesmal nicht gegeben, da nur Amerika mit England und Australien mit den Kriegsausgaben einseitig belastet sind.

Die anderen Länder sind schon soweit mit der Krise und den leeren Kassen belastet, dass sie schon Beteiligungen an den Kriegskosten abgelehnt haben. Die EU hat bereits beschlossen, dass auch

und ein Handy.

Die Profitrate ist ausserdem im Gegensatz zu 1945, wo sie noch bei ca. 15% gelegen hatte, durch die hohe organische Zusammensetzung des Kapitals besonders im neuen Markt krisenbereinigt auf ca. 5% und durch die Krise unter Null gefallen. Bei den Börsennachrichten wird eine Verlustmeldung nach der anderen verkündet. Die Profitaussichten gepaart mit den fehlenden Erwartungshaltungen wegen des Weltkrieges treiben den Geldmachern jeden Spaß am investieren aus.

Die Rüstungskapitalismus-Theorie wird aber besonders bei den Bush-Feuern dadurch ausgehebelt, weil dieser Krieg im Zeitlupen Tempo vor sich geht. Das amerikanische Kapital redet nur ein Jahr lang vom Krieg, aber fragt nicht nach Bomben nach, die es auch sofort verbraucht. Wir haben es hier wegen der Kriegsrederei und der -angst also nur einseitig mit der fehlenden Konsumnachfrage und entsprechend den fehlenden Erwartungshaltungen des Kapitals zu tun, nicht aber mit zusätzlicher Nachfrage nach Bomben, die die Wirtschaft ankurbeln könnten. Die Bomben werden nur für 2-3 Monate nachgefragt, was dem Weltmarkt kaum eine Belebung verschafft.

Auf Deutschland als stärkstes Exportland nach Amerika wirkt sich der Nachfragemangel so verheerend aus, dass die Börse in Frankfurt schon um 2/3 gesunken ist und die Auftragseingänge des Exports im Dezember 02 schon um 50%. Die Arbeitslosigkeit stieg schon in den Monaten November 2002 bis Januar 2003 von 4 auf 4,6 Millionen und wird wahrscheinlich bis zum Jahresende 2003 die 5 Millionen-Grenze überschreiten. Die Wirtschaft rechnet mit 40.000 Insolvenzen.

**Fortsetzung auf S. 10**

## Der Rüstungsboom wird Bush nicht mehr retten

im Krieg die nationalen Kapitalien keine höhere Verschuldung als 3% aufnehmen.

Am Ende der langen Krise seit 1973 ist aber noch eine wichtige zusätzliche Bedingung zu formulieren. Der Korea-Krieg fand eben nach dem 2 Weltkrieg statt, nach dem und nach den Reparationsleistungen an die Alliierten 15% von dem nationalen Kapital in Deutschland vernichtet wurde. Es bestand also einmal ein großer Bedarf nach Investitionen und auch nach Konsumgütern. Die 50er Jahre waren geprägt davon, dass sich die Massen wie heute in China, mit Mopeds, Kühlschränken und Radios versorgten. Ein großer Boom stand bevor und entsprechend waren die Erwartungen des Kapitals groß, so dass sie bedenkenlos investieren konnten.

In dem dritten Weltkrieg ab dem Jahre 2002 aber tendieren die Erwartungshaltungen gegen Null. Jeder hat bereits eine Waschmaschine, einen Computer

<sup>1</sup>Tony Cliff: Perspektiven für die permanente Kriegs-Ökonomie in „Rüstungskapitalismus“ S.6